

UNGLEICHHEIT
VERHINDERT DAS ERREICHEN
ANDERER ZIELE!

WIR MÜSSEN IN
GESUNDHEIT,
INVESTIEREN

Soziale &
ökologische
Indikatoren



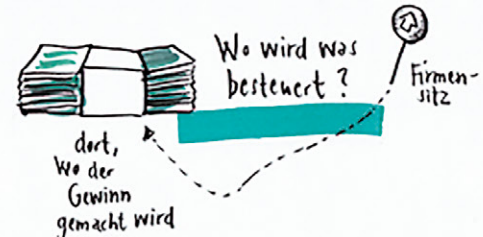
KONZENTRATION VON
Macht BEKÄMPFEN
neu verteilen

SITUATION VON
ARBEITERN
VERBESSERN



UNG
HEIT IST
DIVERSI

STEUERGELDER



LÄNDER DES
SÜDENS
SOLLTEN
ZUSAMMENHALTEN

Vier Jahre Agenda 2030:

Die Politik ist am Zug

LEAVE NO ONE BEHIND!

* Problem: es gibt keine einheitliche Definition
Datenaggregation für ärmere Länder schwierig

Was ist
Soziale Kohärenz?
- in jedem Land
anders!



Wo will
unsere
Gesellschaft
hin?

WIR MÜSSEN
WACHSTUM NEU
DEFINIEREN
NEUE MASSSTÄBE
FINDEN
DAS GUTE LEBEN

Viele gesellschaft-
liche Gruppen
werden diskriminiert



Leave no
one behind...
DATEN

GRUNDBEDÜRFNISSE

TREIBER
VON UNGLEICHHEIT

Klimawandel



DIGITALISIERUNG

Geschlechtergleichheit

Empowerment

UNG

euern
müssen
sein!



SIN ICH
SCHON ZU
WEIT
ZURÜCK
??

Wer zahlt mir die
Fahrkarte?

Wie wollen wir
gehen?

Vier Jahre Agenda 2030: **Die Politik ist am Zug**

Inhalt

Vorwort	4
Vier Jahre Agenda 2030 von Dr. Bernd Bornhorst und Jürgen Maier	9
Die multilaterale Party ist vorbei von Marc Engelhardt	17
Die Aufgabe: Nachhaltigkeit von Christiane Grefe	25
Nachhaltigkeit im Sozialen von Anja Krüger	34
Unsere Vision für eine klimaneutrale Welt von Sebastian Grieme, Šana Strahinjić und Svenja Kannt	43
Abbildungen	
Abbildung 1 Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung	6
Abbildung 2 Unser Lebensstil hat weltweite Folgen	13
Abbildung 3 Materielle Deprivation in Deutschland	37
» Statements	
Heike Drillisch, CorA Netzwerk für Unternehmensverantwortung	10
Jonas Schubert, Forum Menschenrechte	15
Dr. Christiane Aeverbeck, Klima-Allianz Deutschland	21
Olaf Zimmermann, Deutscher Kulturrat	27
Christoph Bongard, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung	31
Klaus Müller, Verbraucherzentrale Bundesverband	32
Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Der Paritätische Gesamtverband	39
Jens Martens, Global Policy Forum	40
Prof. Dr. Kai Niebert, Deutscher Naturschutzring	41
Impressum	47

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

vier Jahre sind seit der Verabschiedung der Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung durch die Vereinten Nationen vergangen. Zum vierten Mal veröffentlichen zivilgesellschaftliche Verbände und Netzwerke einen Bericht zum Thema »Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda«. Wie in den vergangenen drei Jahren kommen die Autor_innen zu dem Ergebnis: Um die nachhaltigen Entwicklungsziele noch zu erreichen, muss die Politik umdenken, umlenken und ehrgeiziger handeln. Denn neue Studien und der aktuelle Report des UN-Generalsekretärs zeigen, dass es in vielen Bereichen zu wenige Fortschritte und in manchen sogar Rückschritte gibt, etwa bei der Bekämpfung des Hungers. Die Zahl der Menschen, die unter Hunger leiden, hat im dritten Jahr in Folge zugenommen. Es besteht die Gefahr, dass die international vereinbarten globalen Ziele bis zum Jahr 2030 nicht erreicht werden.

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) sind eng miteinander verbunden. Sie müssen ganzheitlich angestrebt und umgesetzt werden. Die Beseitigung der absoluten Armut (SDG 1) ist nicht möglich ohne Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (SDG 16). Und ohne wirkamen Klimaschutz (SDG 13) wird es keine Erfolge bei der Bekämpfung von Hunger und Unterernährung (SDG 2) geben.

Für den Kreis der Herausgeber_innen nehmen **Dr. Bernd Bornhorst** (VENRO) und **Jürgen Maier** (Forum Umwelt und Entwicklung) zu Beginn eine Bestandsaufnahme von vier Jahren Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland vor. Diese bleibt hinter den Erfordernissen noch weit zurück. Unser Wirtschaftsmodell und unser Lebensstil konterkarieren in vielen Bereichen die globalen Nachhaltigkeitsziele. Doch dagegen richtet sich zunehmend Protest. Ihr Fazit: Die Gesellschaft ist in Bewegung – jetzt ist die Politik am Zug.

[Seite 9](#)

Drei Artikel des Berichts befassen sich mit der Umsetzung der internationalen, der ökologischen sowie der sozialen Dimension der Agenda 2030, die eng miteinander verschränkt sind:

Marc Engelhardt (freier Korrespondent bei der UN in Genf) beleuchtet das internationale Umfeld. Noch immer leiden Millionen von Menschen unter politischen Krisen, Kriegen und bewaffneten Konflikten, die zu Armut, Hunger und Vertreibung führen. Wie kann eine internationale Zusammenarbeit aussehen, die diesen globalen Herausforderungen besser gerecht wird? Dafür gibt es positive Beispiele, die ausbaufähig sind.

[Seite 17](#)

Christiane Grefe (Journalistin und Buchautorin) widmet sich der ökologischen Dimension. Wie steht es um die Umweltbelastungen in Deutschland, wie wirkt sich – unzureichende – Klimaschutzpolitik auch auf die Länder des Globalen Südens aus? Der Politik, so ihre Analyse, steht ein »Nachhaltigkeits-Fünfkampf« aus Energiewende, Verkehrswende, Gebäudewende, Finanzierungswende und Agrarwende bevor, den es zu gewinnen gilt.

[Seite 25](#)



Statements:

Verantwortliche der neun Mitträgerorganisationen dieses Berichts haben sich zu folgender Frage Gedanken gemacht:

Wenn Sie entscheiden könnten:

Was ist aus Ihrer Sicht die wichtigste Maßnahme, die Sie umsetzen würden, um die Nachhaltigkeitsziele in, mit und durch Deutschland zu erreichen?

Die Antworten finden Sie in den Kästen auf den folgenden Seiten.

Anja Krüger (taz) untersucht, wie es um die zentralen Ziele menschenwürdige Arbeit und soziale Sicherheit der Agenda 2030 bestellt ist. Welche Herausforderungen müssen bei den Themenfeldern Gute Arbeit, Digitalisierung, bezahlbarer Wohnraum und angemessene soziale Sicherungssysteme bewältigt werden, und welche Lösungen bieten sich an?

[Seite 34](#)

Beherzte Politik braucht mitreißende Visionen. **Sebastian Grieme, Šana Strahinjić und Svenja Kannt** von der Bewegung **Fridays for Future** präsentieren ihre Vorstellung von einer klimaneutralen Welt. Und sie beschreiben, dass die technischen Mittel dazu vorhanden sind. Ein schneller Kohleausstieg, die Verkehrswende und eine CO₂-Steuer – all dies ist möglich. Nun ist es an der Politik, das Ruder herumzureißen.

[Seite 43](#)

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!
Der Herausgeberkreis



Abbildung 1

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung



* In Anerkennung dessen, dass das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen das zentrale internationale zwischenstaatliche Forum für Verhandlungen über die globale Antwort auf den Klimawandel ist.





Vier Jahre Agenda 2030

Wir sind in Bewegung – die Politik ist am Zug!

VON DR. BERND BORNHORST UND JÜRGEN MAIER

Sommer 2019 in Deutschland: Im zweiten Dürresommer in Folge verdorren Wälder, drohen Ernteaussfälle. Das Artensterben beschleunigt sich, der Niedergang der bäuerlichen Landwirtschaft auch. Der Klimawandel nimmt unübersehbar Fahrt auf. Die dringend notwendige Energiewende hingegen kommt fast zum Stillstand.

Noch 2015 hatten die Regierungen der Welt neue Nachhaltigkeitsziele beschlossen. In der Erklärung »Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development« heißt es: »Die Ziele und Zielvorgaben sind Ausdruck einer äußerst ambitionierten und transformativen Vision. Wir sehen eine Welt vor uns, die frei von Armut, Hunger, Krankheit und Not ist und in der alles Leben gedeihen kann. Eine Welt, die frei von Furcht und Gewalt ist ... Eine Welt, in der die menschlichen Lebensräume sicher, widerstandsfähig und nachhaltig sind und in der alle Menschen Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher und nachhaltiger Energie haben.«

Hat Deutschland dieses neue Fundament für eine nachhaltige Entwicklung genutzt? Wer die Welt transformieren will, braucht Mut und die Bereitschaft zu weitreichenden Veränderungen. Es sind tatsächlich neue Dynamiken in der Gesellschaft entstanden, die hoffnungsvoll stimmen. Nun ist die Politik am Zug, diesen Rückenwind für entschlossenes Handeln zu nutzen. Wo stehen wir?

Der gesellschaftliche Veränderungswille ist da

»Politikverdrossenheit« hat Politik und Medien in den letzten Jahren durchgängig beschäftigt. Vor allem jungen Menschen wurde diese besorgniserregende Haltung immer wieder attestiert. Es ist beeindruckend zu beobachten, wie schnell sich dieses Bild gewandelt hat. Die junge Generation hat es binnen kurzer Zeit geschafft, der Politik Dampf zu machen und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Seit über einem Jahr gehen Jugendliche zu Zehntausenden auf die Straße, um mehr Klimagerechtigkeit zu fordern. Tausende demonstrieren jeden Freitag. Sie organisieren sich eigenständig, unabhängig von zivilgesellschaftlichen Verbandsstrukturen, und überraschen alle mit ihrer Ausdauer. Die Reaktionen aus der Politik fallen gemischt aus. »Aus irgendeinem Grund ist das Klimathema plötzlich ein weltweites Thema geworden und damit hat es die letzten Wochen dieses Wahlkampfs bestimmt«, kommentierte der CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, die Ergebnisse der Europawahl im Mai 2019. Kopfschütteln löste der Tweet von FDP-Chef Christian Lindner aus, Klimaschutz sei etwas für Profis und nicht für Jugendliche. Jenen zeigen solche Aussagen nur, in welchem Maße viele Politiker und Parteien Teil des Problems sind. Unbeeindruckt gingen sie im Juni 2019 noch einen Schritt weiter und besetzten den Tagebau Garzweiler.

Aber das ist nicht die einzige Bewegung: Binnen kürzester Zeit trugen sich im Februar 18 Prozent der bayerischen Wahlberechtigten für das Volksbegehren »Artenvielfalt« ein. Unter dem Slogan »Rettet die Bienen« fordert die Bevölkerung die Regierung auf, sich stärker für Nachhaltigkeitsziele einzusetzen. Hier nahm die Politik das Anliegen auf: Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder erklärte, der Landtag werde den Gesetzentwurf unverändert beschließen, weil er in einem Volksentscheid ohnehin angenommen werden würde.

Doch nicht nur in Bezug auf Klima- und Umweltthemen engagieren sich Menschen für eine bessere Zukunft. Die Versuche von Parteien und Gruppierungen des rechten Rands, für die Unzufriedenheit vieler Menschen mit den sozialen und politischen Verhältnissen Flucht- und Migrations-

bewegungen verantwortlich zu machen, treffen auf entschiedene Gegenwehr. Initiativen und beherzte Bürger und Bürgerinnen mobilisieren Menschen überall im Land, sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu engagieren.

Der soziale Zusammenhalt vor der Zerreißprobe

Solche ermutigenden Zeichen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der soziale Zusammenhalt in Deutschland bröckelt. Vor dem Hintergrund der lautstarken politischen Polarisierung wird die Zunahme an sozialer Ungleichheit oft übersehen. Im Inland wie international verschärft sich das Wohlstandsgefälle, was für immer mehr – auch öffentlich artikulierten – Unmut sorgt. Wenn sich die ländlichen Räume leeren und in den Metropolen die Mieten und Immobilienpreise in die Höhe schießen, bekommt dies jede und jeder zu spüren. Die Wirtschaftswissenschaftler Till Baldenius, Sebastian Kohl und Moritz Schularick kommen im Juni 2019 zu dem Ergebnis, dass die finanzschwächsten 20 Prozent der deutschen Haushalte mittlerweile 40 Prozent ihrer Einkünfte für ein Dach über dem Kopf ausgeben müssen. Anfang der



Heike Drillisch
Koordinatorin
CorA Netzwerk für
Unternehmensverantwortung

Unternehmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, die Menschenrechte und die Umwelt zu achten. Wenn Firmen dafür sorgen müssen, dass in ihren Lieferketten faire Löhne gezahlt werden und die Produktionsstätten sicher sind; wenn sie durch ihre Rohstoffnutzung nicht mehr dazu beitragen, dass Flüsse und Äcker verseucht und Wälder kahlgeschlagen werden, leistet dies einen riesigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung – im Globalen Süden wie in Europa.

1990er Jahre reichten dafür noch 25 Prozent des Einkommens. Die rasant steigenden Immobilienpreise wiederum haben das Vermögen derer, die hierzulande Häuser besitzen, seit 2011 um mehr als drei Billionen Euro vermehrt. Auf die reichsten 10 Prozent der Deutschen entfiel von diesen Kapitalgewinnen nach qualifizierten Schätzungen mehr als die Hälfte. Stark profitiert haben auch Haushalte der mittelständischen Oberschicht. Städtische Mieterhaushalte mit geringem Einkommen sind die großen Verlierer des Booms, so die Autoren der Studie.¹ In Berlin zeigt das Volksbegehren »Deutsche Wohnen und Co. enteignen – Spekulation bekämpfen«, dass Menschen diese Situation nicht länger hinnehmen wollen.

Auch der Arbeitsmarkt verändert sich. Digitalisierung und Flexibilisierung bringen für immer mehr Menschen wirtschaftliche Unsicherheit mit sich. Zwar hat sich das Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen 25 Jahren verdoppelt, doch dieser Wohlstand geht an vielen Menschen vorbei: Konnte sich eine Familie vor 25 Jahren von einem Durchschnittseinkommen noch gut ernähren, braucht man dazu heute zwei.² Nirgendwo sonst in der Eurozone sind so viele Arbeitnehmer_innen im Niedriglohnsektor tätig. Laut einer im Jahr 2017 veröffentlichten Studie von statista sind rund 20 Prozent der Bevölkerung von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.³ Das heutige Ausmaß an Ungleichheit wäre noch vor zwanzig Jahren undenkbar gewesen.

Deutschland muss sich für die Zukunft wappnen

In weiten Teilen des Landes machen sich Verunsicherung über die Zukunft und Unzufriedenheit mit dem politischen Status quo breit. Das Mantra des »politischen Berlin«, so weitermachen zu können wie bisher, wenn auch mit kleinen Korrekturen, überzeugt immer weniger Menschen. Der Youtuber Rezo prangerte kurz vor der Europawahl die Politik der vergangenen Jahre als nicht nachhaltig an – sein Beitrag allein erreichte mehr als 15 Millionen Menschen. Bei der Europawahl gingen mit 61,4 Prozent der Wahlberechtigten so viele Wählende wie seit 25 Jahren nicht an die Urnen. Und ihre Wahlentscheidungen lassen sich als Generalabrechnung mit den Regierungsparteien verstehen. Anders als in anderen europäischen Ländern profitierten von

dieser Unzufriedenheit keineswegs nur rechts-populistische und rechtsradikale Strömungen.

Es sind also offenbar Nachhaltigkeits-Themen, die größer werdende Teile der Bevölkerung immer stärker umtreiben. Die Menschen spüren, dass es so nicht weitergehen kann und radikalere, die Ursachen bekämpfende Lösungsansätze notwendig sind, als dies bisher der Fall ist. Wir müssen das Ruder herumwerfen: in Richtung Nachhaltigkeit, und zwar bei Ökologie, Wirtschaft und Sozialem. Und die Beispiele zeigen noch etwas: Es sind Jugendliche und eine aktive Zivilgesellschaft, die die Umsetzung nachhaltiger Politik vorantreiben. Das stimmt hoffnungsvoll und erhöht den Handlungsdruck. Doch es gibt auch andere Fakten.

Unser Lebensstil hat weltweit Folgen

Noch immer stößt Deutschland pro Person und Jahr circa zehn Tonnen Kohlendioxid aus – nachhaltig wäre etwa ein Fünftel bis ein Viertel dieser Menge. Die Deutschen verbrauchen 16,2 Tonnen Rohstoffe pro Kopf und Jahr, das sind 44 Kilogramm am Tag, Tendenz steigend – doppelt so viel wie der Welt-Durchschnitt. Dieses Verbrauchsmuster setzen wir mit der Energiewende, den Elektroautos, der Digitalisierung und all den Hochttechnologie-Infrastrukturen nahtlos fort: Ein wichtiger Rohstoff dieser Schlüsseltechnologien ist Lithium. Ein Fünftel der davon weltweit gewonnenen knapp 200.000 Tonnen geht nach Europa, größtenteils nach Deutschland. Unser Müllaufkommen belegt mit über 220 Kilogramm pro Kopf und Jahr einen Spitzenplatz in Europa. Auch hier steigt die Tendenz. Vor zehn Jahren waren es noch 190 Kilogramm.

Fast 4,5 Millionen Tonnen Soja importiert Deutschland für seine Massentierhaltung, und dafür brauchen wir fast drei Millionen Hektar Fläche im Ausland, mehr als die Hälfte davon in Brasilien. Jedes Jahr werden Tausende Quadratkilometer Regenwald vernichtet. Zwischen August 2017 und Juli 2018 wurden nach Angaben des brasilianischen Umweltministeriums insgesamt 7.900 Quadratkilometer Wald gerodet. Flächenmäßig entspricht das mehr als einer Million Fußballfelder.⁴ Für das Folgejahr wird die Bilanz noch viel verheerender ausfallen. Nur auf-

grund dieser »Flächengewinne« schaffen wir es, sechs Millionen Tonnen Milchprodukte und fast sechs Millionen Tonnen Fleisch in alle Welt zu exportieren, meist zu sehr günstigen Preisen. Zu günstig für viele Bäuerinnen und Bauern außerhalb der EU, zu niedrig auch für immer mehr Bauern in Deutschland und Europa. Die deutsche Agrarwirtschaft stellt mit ihren Billigexporten daher nicht nur ein Riesenproblem für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Afrika dar. Sie ist mittlerweile auch eine der Migrationsursachen.

Nach jahrzehntelangem Verstoß gegen die EU-Nitrat-Richtlinie werden voraussichtlich in absehbarer Zeit Strafzahlungen fällig, weil unser weit überzogener Tierbestand eine Problemlösung überhaupt nicht zulässt: 27 Millionen Schweine, zwölf Millionen Rinder und 164 Millionen Hühner bevölkern das Land. Das Fleisch, das im Inland nicht verbraucht wird, wird exportiert. Aber es geht nicht nur um die Tierhaltung. Deutschland importiert jährlich eine Million Tonnen Palmöl, das zur Hälfte zur Energiegewinnung genutzt, also einfach verbrannt wird. Für die Produktion dieses Palmöls sind abermals große Flächen im Ausland nötig, etwa 300.000 Hektar, zu meist frühere Regenwaldflächen in Südostasien.⁵ Unseren Holzverbrauch von 250 Millionen Kubikmetern stillen wir zur Hälfte aus Importen. Was wir mit dem Holz anstellen, ist zu weiten Teilen alles andere als nachhaltig: So werden in Deutschland beispielsweise Jahr für Jahr 90 Millionen Paletten verbraucht, die allermeisten davon als Einwegware. Wir beklagen die Überfischung der Meere, und eine nennenswerte Fischereiflotte besitzen wir nicht mehr. Aber wir sind einer der wichtigsten Märkte für Fisch. Unser Jahresverbrauch liegt bei 1,15 Millionen Tonnen, das entspricht 14,4 Kilogramm pro Kopf.⁶ Nachhaltig wäre nicht einmal die Hälfte davon.

Die Aufzählung ließe sich fortsetzen, etwa in puncto Verkehr und Autoindustrie. Man könnte anführen, dass das deutsche Schienennetz in den letzten 25 Jahren von 40.000 auf 33.000 Kilometer verkleinert wurde, aber das der Straßen allein seit 2010 von 645.000 auf 830.000 Kilometer erweitert. Das spricht nicht für Deutschland als Vorreiter der Nachhaltigkeit oder gar als Vorbild. Dass ein Exportweltmeister einen ziemlich großen ökologischen Fußabdruck hinterlässt, verwundert nicht. Wie ausgeprägt dieser

ist, zeigt eindrucksvoll der sogenannte Erdüberlastungstag. An diesem Datum haben wir die im Kalenderjahr regenerierbaren natürlichen Ressourcen aufgebraucht; von da an leben wir auf Pump. Weltweit gesehen, war dies am 2. August 2019 der Fall, Deutschland erreichte diesen Zustand bereits am 2. Mai 2019. Vor fünfzig Jahren lag dieser Termin noch Ende November.

Die Berichte zweier Enquete-Kommissionen des Bundestages aus den 1980er und -90er Jahren⁷ lesen sich heute wie Anleitungen zu einer grundlegenden ökologischen Transformation. Doch das, was zu tun ist, widerspricht den herkömmlichen Geschäftsmodellen der Großindustrie und stößt deshalb auf deren heftigen Widerstand.

Wir müssen und können viel mehr tun

Dies alles ist nicht neu. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Mit der Agenda 2030 liegt ein umfassender Zielkatalog auf dem Tisch, doch der aktuelle Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, António Guterres, zum Stand der Dinge ist ernüchternd. Wir kommen zu langsam voran, und es sind sogar Rückschritte zu verzeichnen. Zwei Beispiele: Die Reduzierung der absoluten Armut verlangsamt sich. Prognosen deuten darauf hin, dass im Jahr 2030 noch immer 6 Prozent der Weltbevölkerung in absoluter Armut leben werden. Gleichzeitig sind die wenigen erreichten Fortschritte bei der Armutsbekämpfung vorwiegend mit nicht nachhaltigen Maßnahmen erreicht worden – beispielsweise durch den breiten Einsatz fossiler Energieträger. Das Nachhaltigkeitsziel 1, die vollständige Beseitigung der absoluten Armut, wird aller Voraussicht nach verfehlt werden. Auch der Hunger in der Welt soll bis zum Jahr 2030 vollständig besiegt sein. Aber die Zahl der hungernden Menschen steigt wieder an, auf 821 Millionen im Jahr 2017.

Der neue SDG-Bericht der Bertelsmann-Stiftung und des Nachhaltigkeitsnetzwerks der Vereinten Nationen (Sustainable Development Solutions Network) über Deutschland fällt vernichtend aus. Bei allen 17 Zielen sind noch größere Herausforderungen zu meistern, bei keinem einzigen kommen wir auch nur in die Nähe der Zielerreichung. Nur bei sechs stimmt

wenigstens die Richtung. Das Fazit: »Wir werden die Nachhaltigkeitsagenda verfehlen, wenn wir politisch in zentralen Bereichen nicht umsteuern.«⁸ 137 Nicht-regierungsorganisationen attestieren Deutschland in einer im Juni Kanzleramtschef Helge Braun über-

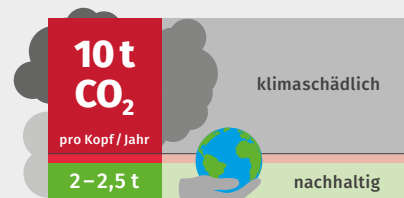
gebenen Erklärung »abgründige Lücken in der Nachhaltigkeit«.⁹ Würde die ganze Welt so leben wie wir, bräuchten wir drei Planeten. Als das Umweltbundesamt kürzlich die Prioritäten der Deutschen abfragte, zählten fast zwei Drittel der Befragten –

Abbildung 2
Unser Lebensstil hat weltweite Folgen

Deutschland stößt **pro Person** jährlich circa **zehn Tonnen CO₂** aus.

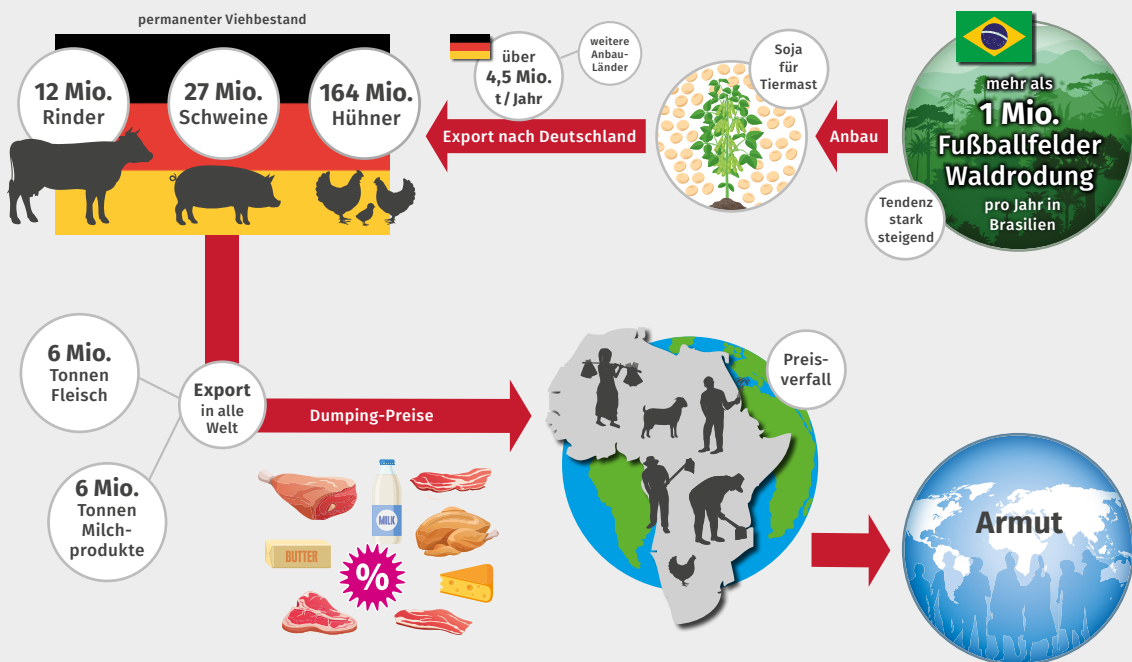


Das sind ca. **75 bis 80 Prozent** zuviel, um nachhaltig zu sein.



Für die überdimensionierte deutsche **Massentierhaltung** importieren wir unter anderem jährlich **4,5 Millionen Tonnen Soja**. Dafür verbrauchen wir circa drei Millionen Hektar Fläche im Ausland, mehr als die Hälfte davon in Brasilien.

Deutsche **Billigexporte von Milchprodukten und Fleisch** von je circa sechs Millionen Tonnen pro Jahr gefährden weltweit die Existenzgrundlage von Kleinbauern und -bäuerinnen, zum Beispiel in Afrika, und verursachen Armut.



neben sozialer Gerechtigkeit und Bildung – die Umwelt zu den entscheidenden Themen. Das ist ein Wert so hoch wie seit dreißig Jahren nicht mehr.

Die Bundesregierung orientiert sich dagegen an der im Jahr 2016 neu aufgelegten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Hier sieht die Lage auf den ersten Blick zwar besser aus, aber auch deren Umsetzung bietet Anlass zur Sorge. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts wurden bei 24 von 65 Indikatoren die Strategieziele bereits erreicht oder werden bei gleichbleibender Entwicklung erreicht werden. Bei 28 Indikatoren geht die Entwicklung zwar in die richtige Richtung, die Ziele werden aber nach jetzigem Stand verfehlt werden. Acht Indikatoren verweisen sogar auf Rückschritte. Dies betrifft unter anderem Gewässerschutz, Endenergieverbrauch im Güter- und Personenverkehr, Energieverbrauch und Kohlendioxid-Emission des Konsums, Artenvielfalt sowie den Schutz der Wälder. Die Politik muss jetzt vor allem hinsichtlich der Indikatoren, die auf die gravierendsten Entwicklungsrückstände hinweisen, ihre Anstrengungen verstärken, die Ziele doch noch zu erfüllen. Im Jahr 2020 steht die Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie an. Das ist eine Chance zum Umsteuern: Sie muss insgesamt ambitionierter werden, außerdem gilt es, neue Ziele und Indikatoren zu erarbeiten, die vor allem die internationale Verantwortung Deutschlands besser als bisher abbilden. Mit der Einrichtung der Ressortkoordinatoren in den Bundesministerien, der zivilgesellschaftlichen Dialoggruppe beim Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung und des jährlichen Forums Nachhaltigkeit sind bereits richtige Weichenstellungen erfolgt.

Deutschland braucht einen Neustart

Das deutsche Wirtschaftsmodell gelangt an seine Grenzen. In den letzten 20 Jahren wurde der »Standort Deutschland« entschlossen fit gemacht für Globalisierung und EU-Osterweiterung. Von der Substanz der in der Bonner Republik gepflegten sozialen Marktwirtschaft blieb wenig übrig. Stattdessen hat sich die soziale Schere weit geöffnet: Die Verdienste von Manager_innen und Arbeiter_innen oder Angestellten klaffen mittlerweile exorbitant auseinander und Besserverdienende und Unternehmen

wurden steuerlich entlastet. Von der wirtschaftlichen Unsicherheit vieler Menschen im Zuge von Digitalisierung und »Flexibilisierung« der Arbeitswelt war schon die Rede. Auch auf globaler Ebene kam es zu gravierenden Verschiebungen. Seit der Finanzkrise 2008 sind grenzüberschreitende Investitionen, Kredite, Handelsabschlüsse und Wertschöpfungsketten im Verhältnis zum Welt-Brutto-sozialprodukt zurückgegangen. Mit der von US-Präsident Trump provozierten Gefahr von Handelskriegen wird das deutsche Wirtschaftsmodell infrage gestellt. Die deutsche Exportorientierung und Abhängigkeit von der Autoindustrie könnten uns zum Verhängnis werden. Niemand hat von der 1990 einsetzenden Globalisierungswelle so stark profitiert wie die deutsche Wirtschaft. Aber ein Globalisierungsmodell, das immer mehr Verlierer produziert, wird international immer weiter an Akzeptanz einbüßen. Der Rest der Welt fordert einen größeren Anteil vom Kuchen, und damit werden die deutschen Exportüberschüsse zurückgehen. Das betrifft auch die Unternehmensbesteuerung: Dass die Gewinne deutscher Konzerne auf der ganzen Welt erwirtschaftet, aber in Deutschland versteuert werden, wird sich nicht mehr lange halten lassen.

In die Nachhaltigkeits- und Geschäftsberichte vieler wichtiger wirtschaftlicher Interessenverbände und Unternehmen haben Bekenntnisse zur Agenda 2030 und zu den Nachhaltigkeitszielen mittlerweile Eingang gefunden. Die Praxis aber sieht oft anders aus. Da werden die globalen Ziele durch ungebremses Streben nach Profitmaximierung und Steuervermeidungsstrategien konterkariert und Bemühungen um eine Regulierung unternehmerischen Handelns im Sinne von verbindlichen Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards blockiert und zu verhindern gesucht. Doch ohne verbindliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, die dazu führen, dass diese Verantwortung für Menschenrechte, Umweltstandards und faire Arbeitsbedingungen in ihrem Geschäftsumfeld und ihrer Lieferkette übernehmen, wird es nicht gehen. Der Staat muss das Setzen von Regeln und Ordnungsrahmen zu diesem Zweck als seine Pflicht begreifen – und ihr Genüge tun. Freiwilligkeit, verändertes Konsumverhalten und die Kräfte des Marktes werden es, das zeigt die Erfahrung, nicht richten.

Deutschland braucht einen Neustart, und zwar auf ganzer Linie. Statt exzessiver Exportüberschüsse und der Inanspruchnahme enormer Flächen im Ausland ist eine Politik des Maßhaltens gefordert. Das gilt insbesondere für diejenigen, die in den vergangenen 20 Jahren immer reicher geworden sind. Die Transformation zur ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit kann als gemeinsames Projekt eine auseinanderdriftende Gesellschaft wieder vereinen. Das liegt in unserem ureigenen Interesse, und

deshalb müssen die Kosten dafür fair verteilt werden – innerhalb Deutschlands, aber auch weltweit.

Eine Diskussion über ein anderes, nachhaltigeres, weniger exportlastiges deutsches Wirtschaftsmodell ist daher genauso überfällig wie jene, inwieweit Wachstumsorientierung für die Lebenszufriedenheit der Menschen notwendig ist. Wir brauchen den Mut, die Geschäftsmodelle der Autoindustrie, der Agrarindustrie, der Chemieindustrie, letztlich das deutsche Geschäftsmodell »Exportweltmeister« zur Disposition zu stellen, wenn wir das Klima, die Artenvielfalt, die bäuerliche Landwirtschaft oder den sozialen Zusammenhalt tatsächlich retten und Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen erreichen wollen.



Jonas Schubert
Ko-Kreis
Forum Menschenrechte



Die Nachhaltigkeitsziele haben mit dem Prinzip des *leave no-one behind* (LNOB, niemanden zurücklassen) den Menschenrechtsansatz in politischen Entscheidungen nach vorne gespielt. Wenn dieser konsequent in, mit und durch Deutschland auf dem Weg der Erreichung aller 17 Ziele verfolgt wird, werden wir dafür sorgen müssen, dass in jedem Politikbereich menschenrechtliche Folgenabschätzungen vorgenommen werden und Beschwerdemechanismen zur Verfügung stehen. Es müssen verbindliche Rahmenbedingungen für alle wirtschaftlichen und sozialen Akteure geschaffen werden, die sanktionsbewehrt sind und kontinuierlich durch demokratische und partizipative Prozesse geprüft werden. Darüber hinaus müssen die politischen Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf das LNOB-Prinzip überprüft werden (Kohärenz). Nur so wird es langfristig betrachtet – und das ist Nachhaltigkeit – eine sozial gerechtere, die Umwelt schützende und daher friedlichere Welt geben.

Nicht(s) ohne uns

Diese Diskussion geht uns alle an: Politik, Fachwelt und Gesellschaft. Für die Umsetzung gilt das Gleiche. Die gesellschaftlichen Mehrheiten gegen eine Industrialisierung der Landwirtschaft, gegen Massentierhaltung, gegen eine autozentrierte Verkehrspolitik, gegen einen möglichst langen Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken, gegen Rüstungsexporte, gegen zunehmende Ungleichheit, gegen Steuerschlupflöcher für Konzerne und so weiter sind da. Nun geht es darum, sie in politisch wirksame Mehrheiten für eine nachhaltigere Politik zu überführen.

Diese Auseinandersetzungen werden nicht einfach werden. Lukrative Geschäftsmodelle zulasten von Umwelt- und Sozialstandards werden nicht kraft besserer Argumente aufgegeben. Mächtige und politisch bestens vernetzte Lobby- und Interessengruppen stehen kapitalismuskritischen Organisationen gegenüber, denen man mit dem demokratiefeindlichen Entzug der Gemeinnützigkeit droht. Solchen Versuchen muss die gesamte Gesellschaft gemeinsam genauso entgegentreten wie der weltweit zu beobachtenden Beschneidung von Handlungsspielräumen zivilgesellschaftlicher Individuen und Gruppen.

Doch es gibt Anlass zur Hoffnung: Die Bereitschaft zu mehr Nachhaltigkeit findet sich in allen Bereichen der Gesellschaft. Gerade unter Mittelstandsbetrieben setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, dass

Nachhaltigkeit ein vielversprechendes Geschäftsfeld ist, für das man weder globalisierte Lieferketten noch Deregulierung, weder Exportoffensiven noch Briefkastenfirmen in Steueroasen braucht. Genauso wie eine aktive und engagierte Zivilgesellschaft fordern sie eine ressortübergreifend stimmige – kohärente – Politik im Sinne nachhaltiger Entwicklung und zukunftsfähiger Lösungen. Und der politische Prozess selbst gerät in Bewegung: In den vergangenen Monaten haben sich Diskussionen über adäquate Maßnahmen vor allem für den Klimaschutz verstärkt. Was fehlt sind reale politische Konsequenzen aus diesen Diskussionen.

Und Deutschland hat ein weiteres Plus: Anders als in vielen anderen Ländern, in denen sich eine oft destruktive, frustrierte Fundamentalopposition enttäuscht vom Establishment abgewendet hat, überwiegen hier konstruktive und mutige gesellschaftliche Bewegungen, die sich für die gemeinsame Gestaltung einer guten Zukunft einsetzen.

- 1 Till Baldenius, Sebastian Kohl, Moritz Schularick: Die neue Wohnungsfrage. Gewinner und Verlierer des Immobilienbooms. Universität Bonn, Juni 2019. https://www.researchgate.net/publication/333856266_Die_neue_Wohnungsfrage_Gewinner_und_Verlierer_des_deutschen_Immobilienbooms
- 2 Tobias Kaiser/Welt online: Arbeiten nicht beide Eltern, reicht es für viele Familien kaum zum Leben. Artikel vom 27.6.2018. <https://www.welt.de/wirtschaft/article178277048/Studie-zu-Kinderarmut-Arbeiten-nicht-beide-Eltern-reicht-es-fuer-viele-Familien-kaum-zum-Leben.html>
- 3 Statista: Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2017. Oktober 2018. Zuletzt geändert am 06.11.2018. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/244865/umfrage/von-armut-oder-sozialer-ausgrenzung-betroffene-bevoelkerungin-deutschland/>
- 4 Spiegel online: 7900 Quadratkilometer Regenwald binnen eines Jahres abgeholzt. Artikel vom 24.11.2018. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/brasilien-abholzung-des-regenwaldserreicht-hoechsten-stand-seit-10-jahren-a-1240226.html>
- 5 Bundesregierung: Palmölimporte und deren Verwendung in der Bundesrepublik Deutschland. Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Deutscher Bundestag, Drucksache 19/2487 vom 30.05.2018. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/024/1902487.pdf>
- 6 Agrarheute: Fischverbrauch: 14,4 Kilogramm pro Person. Artikel vom 14.08.2013. <https://www.agrarheute.com/land-leben/fischverbrauch-144-kilogramm-pro-person-511725>
- 7 Enquete-Kommissionen »Schutz des Menschen und der Umwelt«: Konzept Nachhaltigkeit: Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlussbericht. Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11200 vom 26.06.1998. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/13/112/1311200.pdf>. Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre«: Mehr Zukunft

für die Erde – Nachhaltige Energiepolitik für dauerhaften Klimaschutz – Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre. Schlussbericht. Deutscher Bundestag, Drucksache 12/8600 vom 31.10.94. <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/086/1208600.pdf>

- 8 Bertelsmann Stiftung/Sustainable Development Solutions Network: Sustainable Development Report 2019, Juni 2019. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Sustainable_Development_Report_2019_complete.pdf
- 9 Genug herausgeredet: Höhenangst vor dem UN-Gipfel überwinden. Zivilgesellschaftliche Erklärung zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik vom 07.06.2019. <https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2019/06/Erklärung-A4-online.pdf>



Dr. Bernd Bornhorst (geboren 1962) ist seit 2013 Vorstandsvorsitzender von VENRO sowie Leiter der Abteilung Politik und globale Zukunftsfragen bei MISEREOR. Zuvor war er bereits acht Jahre Mitglied des VENRO-Vorstands. Bei MISEREOR war er davor unter anderem als Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik, der Lateinamerika-Abteilung und als Länderreferent tätig.



Jürgen Maier (geboren 1963) ist seit 1996 Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung und begleitet in dieser Eigenschaft die für Nachhaltigkeit relevanten nationalen und internationalen politischen Prozesse. Er ist unter anderem auch Mitinitiator der Kampagne *Meine Landwirtschaft* und des Netzwerks *Gerechter Welthandel*.



Flüchtlingslager in Azaz, Syrien, Mai 2019

Die multilaterale Party ist vorbei

Abschottung und nationale Egoismen gefährden das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele

VON MARC ENGELHARDT

Die Verabschiedung der UN-Nachhaltigkeitsagenda wurde vor vier Jahren mit einer sogar für New Yorker Verhältnisse riesigen Party gefeiert. Die Vereinten Nationen wurden zeitgleich siebzig und feierten sich mit mehr als 150 Staats- und Regierungschefs selbst. Barack Obama, Xi Jinping, Wladimir Putin, Angela Merkel, sogar Papst Franziskus waren gekommen, um vor der UN-Vollversammlung zu sprechen. Doch der wirkliche Star waren die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG), die als farbenfrohe Icons zusammen mit den Flaggen der 193 UN-Mitgliedsstaaten an die Außenwand des UN-Hauptgebäudes projiziert wurden. Es war der 25. September 2015, und das Fest galt dem Multilateralismus selbst. Der damalige UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hatte vor der Verabschiedung der SDG per Akklamation keinen Zweifel daran lassen wollen, dass es sich bei der Agenda 2030 nicht einfach um »noch ein« Programm handelt, sondern um eine Art UN-Charta 2.0: »Die UN«, erinnerte er die Anwesenden, »sind aus der Asche des Zweiten Weltkriegs entstanden. Die Regierungen haben sich damals auf eine visionäre Charta geeinigt, die den Völkern der Welt gewidmet ist. Die heute hier beschlossene Agenda entwickelt diese Charta weiter.« Vier Jahre später ist von diesem Geist nicht mehr viel zu spüren. Die Welt ist nicht zusammen-, sondern weiter auseinandergerückt.

Bans Nachfolger António Guterres beklagt in seinem SDG-Fortschrittsbericht an den UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) vom 8. Mai 2019: »Die bestehenden Herausforderungen setzen ein starkes Bekenntnis zu internationaler Zusammenarbeit und effektiveren multilateralen Institutionen voraus. Doch die jüngsten Trends zeigen, dass manche Regierungen sich ganz aus dem multilateralen System zurückziehen und die globale Öffentlichkeit ihrer Unzufriedenheit über die Kehrseite der Globalisierung Luft macht.«¹ Der Multilateralismus sei fragmentiert, und wie er sich hin zum »vernetzten Multilateralismus mit den Vereinten Nationen als Kern« entwickeln soll, den Guterres fordert, weiß niemand, zumal das »Vertrauen, das die Welt zusammenhält, schwindet«, wie Guterres selbst feststellt. Das ist dramatisch, denn die Krise des Multilateralismus gefährdet den Erfolg der Agenda 2030 mehr als das Versagen in einzelnen Politikbereichen. Gemeinsames Handeln als Weltgemeinschaft ist allen SDG eingeschrieben. Dass stattdessen nationale Egoismen blühen, stellt die Agenda 2030, für die »multilaterales Handeln ... an allen Fronten essenziell« ist, als Ganze infrage.²

Kriege und Konflikte

Für nichts gilt das so sehr wie für Krieg und Frieden. Guterres erklärte in seiner Antrittsrede als UN-Generalsekretär an Neujahr 2017: »Einigen wir uns darauf, dass Frieden unter den SDG die höchste Priorität genießt.« Doch dagegen gab und gibt es Widerstand. Bis heute stehen alle 17 SDG gleichberechtigt nebeneinander, und die Zahl von Kriegen und bewaffneten Konflikten ist seit 2015 nicht zurückgegangen, sondern auf ein Rekordniveau gestiegen. Seit 2010 ist bei zwischenstaatlichen Konflikten eine Zunahme um 60 Prozent, bei solchen mit nichtstaatlichen Akteur_innen wie dem sogenannten Islamischen Staat und anderen Terrorgruppen ein Zuwachs um 125 Prozent zu verzeichnen. 2018 zählten die Forscher des norwegischen Friedensforschungsinstituts PRIO 52 bewaffnete Konflikte, darunter die Kriege in Jemen, Syrien, Somalia und Afghanistan.³ Keinen dieser Kriege hat der UN-Sicherheitsrat bisher eindämmen oder gar beenden können. Dieses Versagen der Weltgemeinschaft hat direkte Auswirkungen auf das Erreichen der SDG. So leben drei von fünf Hungernden weltweit – insgesamt 480

von 800 Millionen – laut Welternährungsprogramm (WFP) in Kriegs- und Krisenländern. Konflikte seien gemeinsam mit Klimaänderungen die entscheidenden Faktoren für die Ausbreitung von Hunger in der Welt, warnt die Organisation. Am stärksten waren 2018 die Menschen in den Kriegs- und Krisengebieten Jemen, Kongo, Afghanistan, Äthiopien, Syrien, Sudan, Südsudan und Nord-Nigeria von Unterernährung betroffen. Die Organisation betont, dass es zwischen Hunger und Konflikten Wechselwirkungen gibt: Zwar führen Hunger und Armut nicht automatisch zum Ausbruch von Gewalt, sie tragen aber dazu bei, wenn etwa Klimaschocks oder ethnische Konflikte dazukommen. Umgekehrt sind politische Instabilität und Vertreibung wesentliche Mitverursacher von Hunger.⁴

Dass die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen 2019 mit 70,8 Millionen einen neuen Höchststand seit dem Zweiten Weltkrieg erreichte, ist ebenfalls Folge von Kriegen und Konflikten. Jahr für Jahr führen neu ausbrechende Krisen zur Vertreibung weiterer Menschen: 13,6 Millionen neue Flüchtende waren es 2018. Die alten Krisen und Konflikte bleiben untern dessen ungelöst. »Konflikte ziehen sich immer länger hin, wir scheinen die Fähigkeit zum Friedensschluss verloren zu haben«, warnte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi.⁵ Und er macht die Dauerblockade im Sicherheitsrat dafür mitverantwortlich, denn: »Die Lösung von Konflikten setzt internationalen Kooperationswillen voraus.«

Konflikte und sich hinziehende Krisen zählen laut den Vereinten Nationen neben Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und Klimawandel zu den globalen Trends, die weitreichende Auswirkungen auf das Erreichen der SDG haben werden. Frieden, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung hingen miteinander zusammen, befruchteten sich gegenseitig und seien eine Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung, heißt es in einem Bericht des UN-Generalsekretärs an den ECOSOC.⁶ Ihr Fehlen produziert neben Leid, Vertreibung und Hunger auch Kosten. Auf 14,76 Billionen US-Dollar pro Jahr bilanzieren die UN die Auswirkung von Gewaltkonflikten auf die Weltwirtschaft – das entspricht 12,4 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts. Umgerechnet knapp 2.000 US-Dollar muss jeder einzelne

Mensch auf Erden dafür aufbringen. Doch es gibt auch Profitierende des ausufernden Kriegsscheiterns, wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri belegt, allen voran die Rüstungsindustrie. Die Rüstungsausgaben erreichten demnach 2018 mit weltweit 1,82 Billionen US-Dollar den höchsten Stand seit dreißig Jahren. Am meisten für Rüstungsgüter ausgegeben haben 2018 die USA, China, Saudi-Arabien, Indien und Frankreich. Ihre Rüstungsetats machten 60 Prozent der globalen Militärausgaben aus. Deutschland liegt auf Rang acht und rückte im Vergleich zu 2017 um einen Platz auf.⁷ Zu den Zielländern deutscher Rüstungsexporte gehörten Algerien, Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, Länder, die mitten in Konfliktregionen liegen bzw. aktiv an Kriegen und Konflikten beteiligt sind. Umfassten die deutschen Rüstungsexporte 2018 noch ein Gesamtvolumen von 4,8 Milliarden Euro, so genehmigte die Große Koalition allein im ersten Halbjahr 2019 bereits Rüstungsexporte im Wert von 5,3 Milliarden Euro⁸. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, wird das große Ziel einer nachhaltigen Welt trotz aller Anstrengungen in Einzelbereichen verfehlt werden. »Ohne Frieden lässt sich die Agenda 2030 unmöglich erfüllen«, warnen die UN.

Nationalismus auf der Weltbühne

Doch für ein Umschwenken in Richtung Frieden spricht vier Jahre nach Beschluss der SDG nichts. Im Gegenteil: Inzwischen ist der Ton auf der Weltbühne so militant geworden, das Denken orientiert sich so stark an nationalen Interessen, dass kluge Friedensschlüsse oder -vereinbarungen nahezu außer Reichweite zu liegen scheinen. Als besonders krasses Beispiel kann US-Präsident Donald Trump gelten, der die UN schon vor seinem polternden Auftritt auf der Vollversammlung im September 2017 als »Club von Schwätzern« diskreditierte und lästerte: »Wann haben die UN jemals ein Problem gelöst? Im Gegenteil, sie schaffen Probleme.« In einer derart konfrontativen Atmosphäre hatte die von UN-Generalsekretär António Guterres 2017 angekündigte Schwerpunktsetzung auf Konfliktprävention keine Chance. Es fehlen schlicht die Unterstützer in einer Welt, in der wieder das Recht des Stärkeren anstatt die Stärke des Rechts gilt, wie der

damalige Außenminister Sigmar Gabriel es 2017 in seiner Replik auf Trump formulierte.¹⁰

Seither haben die USA den Menschenrechtsrat verlassen, den Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen angekündigt und den Atomvertrag mit dem Iran aufgekündigt – unter anderem. Die offene Ablehnung multilateraler Konfliktlösungen hat es anderen Nationen leichtgemacht, ihrerseits offene Kompromisse abzulehnen, die zum Erreichen der SDG nötig wären. Ein Paradebeispiel ist der verfahrenstreit um Migration, der in eine bislang beispiellose Kampagne von Nationalisten gegen den im Dezember in Marrakesch verabschiedeten UN-Migrationspakt mündete. Die USA waren als einziger UN-Mitgliedsstaat den Verhandlungen für den rechtlich unverbindlichen Pakt von Anfang an ferngeblieben. Als diese am 13. Juli 2018 beendet wurden, stimmten 192 der 193 UN-Mitgliedsstaaten dem Text per Akklamation zu. Allerdings hatte etwa Ungarn schon früh deutlich gemacht, dass man Migration nicht regulieren, sondern verhindern wolle. Rechts-extreme Gruppen wie die Identitäre Bewegung lancierten danach Kampagnen gegen den Migrationspakt, teils mit offenkundig falschen Behauptungen. Mit erstaunlichem Erfolg: Bis zum Gipfel in Marrakesch teilten neun Staaten – Australien, Chile, die Dominikanische Republik, Österreich, Lettland, Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn – den UN mit, sie würden den von ihnen selbst ausgehandelten Vertrag nicht mehr unterstützen.

Deutschland spielte in dem Prozess eine positive Rolle und setzte sich bis zum Schluss ausdrücklich für den Pakt ein, trotz lautstarker Kritik im eigenen Land. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte in Marrakesch in einer kämpferischen Rede, es sei doch »jedem klar, dass nationale Alleingänge dieses Problem nicht lösen werden«. Bei der Auseinandersetzung um den Migrationspakt gehe es damit auch um die Grundlage internationaler Zusammenarbeit an sich: »Deshalb lohnt es sich, um diesen Pakt zu kämpfen.« Auch das Ziel des Paktes selbst, durch internationale Kooperation lebensgefährliche und unregelte Migration zu verhindern, ist für die Umsetzung der Agenda 2030 bedeutend – über das entsprechende SDG 10.7 hinaus, das »eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration

und Mobilität« erleichtert wissen will, »unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik«.

Demographie gilt für die UN als ein Schlüsselfaktor für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele. 2030 wird die Weltbevölkerung bei geschätzten 8,6 Milliarden Menschen liegen. Das größte Bevölkerungswachstum wird für Afrika erwartet: Bis 2050 wird sich die Zahl der Afrikaner_innen um 1,3 Milliarden nahezu verdoppeln. Dagegen ist Europa der einzige Kontinent, dessen Bevölkerung bis 2050 voraussichtlich schrumpfen wird. In Europa und den OECD-Staaten werden 2050 mit acht von zehn die meisten alten Menschen leben. Dagegen wird Afrika bis 2030 seinen überproportional hohen Anteil von Menschen unter 30 Jahren beibehalten. Die erwarteten Migrationsflüsse sind entsprechend: Zwischen 2015 und 2050, so die UN, werden Staaten wie Australien, Kanada, Russland, die USA und auch Deutschland zu den wichtigsten Zielländern von Migration gehören, mit jeweils mehr als 100.000 Aufnahmen pro Jahr.¹¹ Die demographischen Trends werden sich nach Einschätzung der UN unmittelbar zumindest auf jene SDG auswirken, die mit Armutsreduktion, Gesundheit, Geschlechtergerechtigkeit, Wirtschaftswachstum, der Bekämpfung der Ungleichheit sowie mit nachhaltiger Stadtentwicklung zu tun haben. Wenn Migrant_innen in Ländern mit höherer Produktivität Arbeit finden, könnte das die negativen Auswirkungen der demographischen Trends dämpfen, hoffen die UN.¹² Gut organisierte Migration würde Ländern wie Deutschland dabei helfen, trotz ihrer überalterten Erwerbsbevölkerung mit Innovation und veränderten Arbeitsmarktbedürfnissen Schritt zu halten – und ebenso den ärmsten Ländern dabei, wie schon heute von Rücküberweisungen in die Heimat zu profitieren.

Nachlassende Solidarität

Diese Einkünfte, die Migrant_innen direkt an ihre Familien oder andere Angehörige überweisen, werden 2019 geschätzte 550 Milliarden US-Dollar betragen und damit erstmals die Summe aus Auslandsdirektinvestitionen und Geldern aus der Entwicklungszusammenarbeit übersteigen. Damit werden sie zur wichtigsten Devisenquelle überhaupt.

Die Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit liegen bereits seit Mitte der 1990er Jahre unterhalb dessen, was die im Ausland arbeitende Bevölkerung in die Heimat überweist – und zwar zu überzogenen Kosten. Im Schnitt wurden dafür im ersten Quartal 2019 rund 7 Prozent fällig, wie die Weltbank kritisiert, während die Nachhaltigkeitsziele eine Senkung der Überweisungskosten auf 3 Prozent bis 2030 vorgeben. Gerade in armen Ländern Afrikas südlich der Sahara werden die ohnehin hohen Gebühren mit durchschnittlich 9,3 Prozent noch übertroffen.¹³

Rücküberweisungen spielen für die Verwirklichung der SDG wie schon bei den Millenniumszielen eine wichtige, laut den UN sogar eine »entscheidende« Rolle. So erreichen sie, anders als Mittel vor allem der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, ihre Empfänger_innen direkt. Allerdings sind Rücküberweisungen kein Ersatz für diese Mittel, auch weil sie privat und auf freiwilliger Basis erfolgen. Ob sie zum Prinzip beitragen, niemanden zurückzulassen – ein Prinzip, das noch zu den großen Baustellen der Agenda 2030 gehört –, ist umstritten, denn derzeit sind es vor allem die Bessergestellten, denen die Möglichkeit der Migration überhaupt offensteht. Die internationale Solidarität jedenfalls nimmt seit Verabschiedung der Agenda 2030 nicht etwa zu, sondern ab. 2018 betrug die Summe der Entwicklungsgelder 149 Milliarden US-Dollar, inflationsbereinigt sind das 2,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Anteil der Gelder, der an die ärmsten Länder geht, sank noch stärker: Afrikanische Länder mussten mit 4 Prozent weniger auskommen.¹⁴ Ausgaben für die humanitäre Hilfe gingen im gleichen Zeitraum um 6 Prozent zurück, während die Zahl der Hilfsbedürftigen stieg. Darunter leiden auch strukturelle Reformen wie die der UN-Entwicklungszusammenarbeit zur Beförderung der SDG. Selbst unter dem Banner der SDG eingerichtete Pilotprojekte wie die Kombination von Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit bei der Aufnahme von mehr als einer Million geflohenen Südsudanesen im Norden Ugandas leiden unter akuter Geldnot.¹⁵ Während Deutschland seine Zahlungen seit Jahren vorbildhaft steigert, senken Staaten wie die USA ihre (immer noch hohen) Beiträge. Andere Staaten wie China oder die Golfstaaten sind unverändert gar nicht bereit, sich an multi-

lateralen Hilfen zu beteiligen. Vor diesem Hintergrund gewinnt geordnete Migration derzeit noch an Gewicht, wenn es darum geht, die zwischenstaatliche und in den Empfängerländern bestehende Ungleichheit erfolgreich zu bekämpfen.

Das Nachlassen globaler Solidarität spiegelt sich auch in der Reaktion auf die Klimakrise wider, ein dritter Schlüsselfaktor für die Umsetzung der Agenda 2030. »Klimawandel ist eine globale Herausforderung, aber seine Auswirkungen sind zwischen Staaten und sozialen Schichten unterschiedlich verteilt«, konstatieren die UN und warnen: »Generell sind arme und verletzte Gesellschaftsschichten in Entwicklungsländern überproportional von den Folgen betroffen.«¹⁶ Das gilt für klimainduzierte Naturkatastrophen (zwischen 1990 und 2016 im Durchschnitt 213 pro Jahr) ebenso wie für Dürren, die zu zwei Dritteln Afrikaner_innen treffen. Der wachsende globale Materialkonsum, der 2017 bei 92 Milliarden Tonnen lag (2015: 87 Milliarden, 1970: 27 Milliarden), geht dagegen ebenso wie der weiterhin

zunehmende Ausstoß von Treibhausgasen auf das Konto von Industrie- und wenigen Schwellenländern – Trends, die die laut Agenda 2030 zu bekämpfende Ungleichheit noch verschärfen. Doch die ärmsten Staaten werden mit den Folgen alleingelassen. Die Entwicklungshilfe für die besonders geschädigten kleinen Inselstaaten etwa lag 2017 bei 4,3 Milliarden US-Dollar und schrumpfte damit im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel. »Investitionen in die Ziele«, bilanzieren die UN trocken, »bleiben unterfinanziert.«¹⁷

Hoffnung auf zivilen Widerstand

Die hier skizzierte Krise mit ihren dramatischen Folgen für die Nachhaltigkeitsagenda ist vor allem eine Krise von Staaten und Regierungen. Bevölkerungen dagegen sind sich oftmals bewusst, wie dringend nötig radikale Schritte sind, um ein Überleben der Menschheit (ihr Überleben) zu sichern. Tatsächlich ist kein anderes Abkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen jemals unter so breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft entstanden wie die Agenda 2030. Drei Jahre lang konnten sich Nichtregierungsgruppen und sogar Einzelpersonen an der Formulierung der Ziele beteiligen. In die Arbeit der »offenen Arbeitsgruppe« flossen über das Internet mehr als acht Millionen Stimmen ein. Die meisten Beteiligten, so der für politische Koordination zuständige Untergeneralsekretär der UN, Thomas Gass, seien jung, weiblich und in Entwicklungsländern beheimatet – und damit das krasse Gegenstück zum Durchschnitt der bei den UN akkreditierten Diplomaten, die in ihrer Mehrzahl weiß, alt und männlich sind. Gass forderte die Zivilgesellschaft schon 2015 auf, mit der Agenda 2030 Druck auf die Regierungen auszuüben. Vertreter_innen dieser Zivilgesellschaft griffen das unmittelbar nach der Verabschiedung der Agenda in New York auf: Von nun an werde man die Regierungen mit dem, was sie beschlossen hatten, quälen, kündigten sie an.

Tatsächlich ist nicht nur die weltweit erfolgreiche Bewegung Fridays for Future dafür ein gutes Beispiel. Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Clément Nyaletsoi Voule, nennt in seinem Bericht außerdem die Kampagnen #BlackLivesMatter, #MeToo oder



Dr. Christiane Averbeck
Geschäftsführerin
Klima-Allianz Deutschland



Die Klimakrise hängt eng mit anderen Nachhaltigkeitszielen zusammen. Wenn wir es schaffen, die globale Erhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen, bedeutet das millionenfach weniger Hunger und Wasserknappheit – gegenüber einer Erhitzung um 2 Grad. Als Hochtechnologieland und damit wesentlicher Verschmutzer sollten wir eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir sollten zügig aus der Kohle aussteigen, die Erneuerbaren massiv ausbauen und ein Klimaschutzgesetz einführen, das für alle Sektoren einen verbindlichen Reduktionspfad vorgibt. Jedes Zehntelgrad zählt!

#ClimateStrikes, die alle drei soziale Medien für ihre Aktionen nutzen.¹⁸ Den Einsatz neuer Medien zwecks Realisierung der Nachhaltigkeitsagenda hält auch UN-Generalsekretär Guterres für entscheidend: Mithilfe von Big Data und dem Internet der Dinge ließe sich Arbeit neu definieren, was neue wirtschaftliche Chancen eröffne; dank dezentraler Verkettung von Daten als besonders sichere Blockchain-Technologie könnten Wahlen fairer und transparenter ablaufen; mittels Analyse großer Datenmengen sei es möglich, bei Problemen weltweiter Tragweite wie der medizinischen Versorgung oder dem Schutz vor Naturkatastrophen voranzukommen. Von Vorteil ist zudem, dass zu diesen Technologien jede und jeder Zugang hat: Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und die politische Klasse, und zwar auf allen Ebenen. Das ist umso mehr von Bedeutung, als für die konkrete Umsetzung der SDG oft gerade Region und Kommune die wichtigsten Partnerinnen sind. Die UN warnen zudem, es reiche nicht aus, sich auf Regierungen allein zu verlassen. Es brauche noch mehr bürgerschaftliches Engagement. Schließlich gehe es um den Wandel von Systemen, auf die sich Menschen jahrzehntelang in ihrem Alltag verlassen hätten.

Tatsächlich aber versuchen viele Regierungen, gerade dieses Engagement zu beschneiden. Insgesamt sei die Lage der Meinungsfreiheit weltweit düster, sagte etwa der zuständige UN-Sonderberichterstatter David Kaye im UN-Menschenrechtsrat. Staaten und eine global agierende private Sicherheitsindustrie fügten vor allem denen unmittelbar und regelmäßig Schaden zu, die für eine demokratische Gesellschaft unentbehrlich sind: Journalist_innen, Regierungskritiker_innen, Menschenrechtler_innen, Rechtsanwälte_innen. Dazu bediene man sich zunehmend auch jener neuen Technologien, in die die UN-Führung so große Hoffnungen zur Verwirklichung der Agenda 2030 setzt. Nach Zählung des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte wurden in den Jahren 2017 und 2018 in 41 Ländern insgesamt 431 Menschenrechtler_innen, Journalist_innen und Gewerkschafter_innen ermordet.¹⁹ Die ausufernden Angriffe auf die Zivilgesellschaft behindern den UN zufolge nicht nur das Erreichen von SDG 16 – »Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen« –, sondern generell die nötigen Entwicklungsfortschritte.

Damit ist eine weitere Folge der Rückschritte bei der multilateralen Kooperation angesprochen: der Angriff einiger mächtiger Staaten auf das menschenrechtliche Fundament sowohl der Agenda 2030 als auch der Vereinten Nationen als Institution. Insbesondere China setzt sich nach dem Rückzug der USA aus dem Menschenrechtsrat und dem multilateralen Diskurs offen dafür ein, die Menschenrechte auf soziale und wirtschaftliche Rechte einzugrenzen. Bürgerrechte dagegen werden ausgeblendet. Diese »Lesart« der SDG wird von autoritär regierten Staaten und solchen, die auf Chinas finanzielle Hilfen angewiesen sind, unterstützt. Selbst die UN geraten unter Druck, sich mit deutlichem Widerspruch gegenüber der chinesischen Führung zurückzuhalten. Peking verspricht dafür im Gegenzug neben Finanzhilfen (ausgenommen für die Menschenrechtsarbeit) die Anerkennung der multilateralen Ordnung mit den UN als Zentrum, wie Präsident Xi Jinping im Januar 2017 bei einer Grundsatzrede in Genf in Aussicht stellte.²⁰ Der Rückzug früherer westlicher Verbündeter aus dem multilateralen Handlungsrahmen lässt den UN kaum eine andere Wahl als die, Chinas Forderungen nachzugeben – zumal immer mehr Staaten Chinas staatliche Propaganda willfährig unterstützen wie zuletzt bei der dritten universellen Menschenrechtsprüfung des Menschenrechtsrats im November 2018.²¹ Dort hatten zahlreiche Diplomaten eine angebliche Vorreiterrolle Chinas bei den Menschenrechten konstatiert und die Regierung dafür gelobt. Der von den UN geforderten starken Zivilgesellschaft, die auf die Umsetzung der Agenda 2030 dringen soll, könnte somit schon bald der Boden entzogen werden.

Was tun?

Deutschland sollte diesen Tendenzen entschieden entgegenreten, erst recht während seiner Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat 2019/20. Die Agenda 2030 fußt auf der Vision einer freien und liberalen Welt für alle. Textpassagen wie die Präambel, die 2015 womöglich noch als politische Lyrik abgetan wurden, sind binnen weniger Jahre in einer Welt, in der nationalistische Interessen eine immer größere Rolle spielen, zu unentbehrlichen politischen Leitlinien geworden. Die SDG bieten mit ihrer thematischen Breite und ihrer Entstehungsgeschichte die Chance, weit über

die UN hinaus die Generierung gesellschaftlichen Drucks zu befördern. Auf globaler Ebene werden mittelfristig eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft und die mit der Erarbeitung der Agenda 2030 eingeschlagene Entwicklung der UN weg vom reinen Staatenbund hin zu einer offeneren Plattform entscheidend dafür sein, den Einfluss und Status der UN auszubauen. Beispiele dafür gibt es immer mehr: So gelang es der Internationalen Kampagne gegen Atomwaffen (ICAN) durch den Aufbau eines internationalen Netzwerks, Regierungen dazu zu bewegen, 2017 innerhalb von nur vier Monaten das Atomwaffenverbotsabkommen auszuhandeln und zu beschließen. Die Vereinten Nationen band ICAN von Anfang an in ihre Strategie ein: Das Atomwaffenverbot sollte nicht irgendwie, sondern in einem völkerrechtlichen Vertrag verankert werden. Dass dieser (anders als eine Konvention) zunächst nur für die Signatarstaaten gilt, nimmt die Organisation hin. Sie hofft, dass sich auch die Nichtunterzeichner zur Umkehr genötigt sehen werden, je mehr Staaten dem Vertrag beitreten.

Nach dem gleichen Vorbild gestaltet ist die auf der Weltklimakonferenz 2017 in Bonn aus der Taufe gehobene Koalition gegen Kohleverstromung (Anti-Coal-Coalition) – auch sie will gesellschaftlichen Druck erzeugen, der schließlich auf UN-Ebene zur Verabschiedung völkerrechtlicher Instrumente führen soll. Die Befürworter eines Verbots der Entwicklung autonomer Waffensysteme (»Killerroboter«) plädieren ebenfalls dafür, die seit sechs Jahren ergebnislos geführten Verhandlungen durch einen Prozess außerhalb der UN abzulösen – um dann mit einem extern ausgehandelten Verbotsvertrag dorthin zurückzukehren.

Ein weiteres Beispiel für die Öffnung der UN sind die Debatten über eine »digitale Genfer Konvention«, die wie ihr historisches Vorbild der Kriegführung Regeln auferlegt, diesmal im Cyber-Raum. So sollen unter der digitalen Genfer Konvention Angriffe auf kritische Infrastrukturen verboten sein, deren Ausfall Sicherheit und Unversehrtheit der Zivilbevölkerung bedrohen würde; das Gleiche soll für Systeme gelten, die für die globale Wirtschaft unverzichtbar sind. Die Initiative geht nicht etwa von Regierungen, sondern von der Industrie aus: Der Chef von Microsoft, Brad

Smith, brachte ein solches Abkommen im Frühjahr 2017 erstmals bei einer Entwicklerkonferenz ins Gespräch. An den Verhandlungen möchten die UN nicht nur Staaten, sondern auch Konzerne, Konsumenten und Zivilgesellschaft beteiligen. Die Privatwirtschaft will zudem *Computer Emergency Response Teams* einrichten, die Cyber-Angriffen begegnen und online den gleichen Schutz genießen sollen wie das Rote Kreuz heute auf den Kriegsschauplätzen der Erde.

Solche Strategien sind auch deshalb überlebenswichtig für die UN, weil ihre bisherige Funktion als Regulatorin und Kontrolleurin einer regelbasierten, multilateralen Welt zunehmend obsolet zu werden droht. In einem Umfeld, das sich immer stärker an punktuellen Ereignissen statt an langfristiger Planung ausrichtet, ist das gefragt, was der niederländische Philosoph Luuk van Middelaar »Improvisationspolitik« nennt.²² Diese Form des politischen Vorgehens beherrscht die Zivilgesellschaft deutlich besser als die UN, weshalb sie sich als Verbündete der Vereinten Nationen und der den Multilateralismus unterstützenden Regierungen geradezu anbietet.

In eine ähnliche Richtung zielt die im Rahmen der UN-Reform forcierte Abkehr von der bisherigen Mitteleinwerbung globaler Organisationen für Katastrophen- und Entwicklungshilfe durch ereignisbezogene Hilfsaufrufe. Stattdessen gilt es, verlässliche Mittelzusicherungen ähnlich wie für den globalen UN-Haushalt oder die Friedenssicherung festzuschreiben. Damit ließen sich auch Präventionsprogramme finanzieren, die Krisen verhüten, anstatt sie im besten Fall einzudämmen. Deutschland sollte sich für solche Reformen einsetzen und zu diesem Zweck mit jenen Ländern und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen Allianzen schmieden, die für eine derartige Stärkung des multilateralen Systems Gewicht in die Waagschale legen können.

Gerade im Umfeld schwindenden Multilateralismus ist es zudem entscheidend, dass Deutschland in Fragen wie der geordneten Migration, dem Einsatz gegen die Klimakrise oder der Eindämmung von Krisen und Kriegen mit guten Beispielen vorangeht. Der Erwartungsdruck auf Deutschland ist durch die Entwicklungen der vergangenen Jahre gestiegen. So wie sich autoritäre Staatenlenker Vorbilder etwa in

den USA oder Ungarn suchen, so brauchen auch liberale Staaten ihre Vorbilder und Unterstützer. Wenn Deutschland seine Politik konsequent an den Nachhaltigkeitszielen ausrichtet, könnte es (neben anderen) diese Rolle übernehmen. Die deutsche Zivilgesellschaft wird ihren Teil dazu beitragen, der Bundesregierung bei einem solchen Kurs den Rücken zu stärken.

- 1 United Nations Economic and Social Council: Progress towards the Sustainable Development Goals. Report of the Secretary-General. United Nations, E/2019/68 vom 08.05.2019. S. 38. [UN ECOSOC 2019b]. <https://undocs.org/en/E/2019/68>
- 2 UN ECOSOC 2019b. S. 39f.
- 3 Peace Research Institute Oslo: Trends in Armed Conflict, 1946–2018. März 2019. [PRIO]. <https://www.prio.org/utility/DownloadFile.ashx?id=1858&type=publicationfile>
- 4 Stockholm International Peace Research Institute: The World Food Programme's Contribution to Improving the Prospects for Peace. Juni 2019. [SIPRI]. <https://www.sipri.org/publications/2019/other-publications/world-food-programmes-contribution-improving-prospects-peace>
- 5 Interview des Autors in Genf, 18.6.2019
- 6 United Nations Economic and Social Council: Long-term Impact of Current Trends in the Economic, Social and Environmental Areas on the Realization of the Sustainable Development Goals. United Nations, E/2019/66 vom 03.05.2019. S. 12. [UN ECOSOC 2019a]. <https://undocs.org/en/E/2019/66>
- 7 SIPRI 2019
- 8 Martin Greive/Handelsblatt online: Deutschland exportiert wieder mehr Rüstungsgüter – Großteil geht nach Ungarn. Artikel vom 10.07.2019. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/waffenausfuehren-deutschland-exportiert-wieder-mehr-ruestungsgueter-grossteil-geht-nach-ungarn/24580140.html?ticket=ST-17351958-iNDhtkWX2UtemxwEbnHs-ap4>
- 9 UN ECOSOC 2019a. S. 13.
- 10 Marc Engelhardt: Weltgemeinschaft am Abgrund. Warum wir die starke UNO brauchen. Ch. Links Verlag, Berlin 2018. S. 12 ff. [Engelhardt 2018]
- 11 UN ECOSOC 2019a. S. 17f
- 12 UN ECOSOC 2019a. S. 6.
- 13 The World Bank: Remittance Prices World Wide. An Analysis of Trends in Cost of Remittance Service. Juni 2019. https://remittanceprices.worldbank.org/sites/default/files/rpw_report_june_2019.pdf
- 14 UN ECOSOC 2019b. S. 23.
- 15 Engelhardt 2018. S. 77ff.
- 16 UN ECOSOC 2019a. S. 8f.
- 17 UN ECOSOC 2019b. S. 32.
- 18 Rede vor dem UN-Menschenrechtsrat am 26.06.2019.
- 19 UN ECOSOC 2019b. S. 21f.
- 20 Chinesische Botschaft: Speech By President Xi Jinping At the United Nations Office at Geneva. Veröffentlicht am 23.01.2017. <http://iq.chineseembassy.org/eng/zygx/t1432869.htm>

- 21 United Nations Human Rights Council: Universal Periodic Review – China. <https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/UPR/Pages/CNindex.aspx>
- 22 Luuk van Middelaar, Alarums and Excursions. Improvising Politics on the European Stage. Agenda Publishing, Newcastle upon Tyne 2019.



Marc Engelhardt (geboren 1971) berichtet seit 2010 unter anderem für den epd, den Deutschlandfunk und die Hörfunkprogramme der ARD über die Arbeit der Vereinten Nationen aus Genf, New York und Afrika. Er ist Mitglied des Korrespondentennetzwerks *Weltreporter* und Autor zahlreicher Bücher. Zuletzt erschienen: *Ausgeschlossen. Eine Weltreise entlang Mauern, Zäunen und Abgründen* (als Herausgeber, München 2018) und *Weltgemeinschaft am Abgrund. Warum wir eine starke UNO brauchen* (Berlin 2018).



Die Aufgabe: Nachhaltigkeit

Diesmal ernsthaft!

VON CHRISTIANE GREFE

»Klima-Apartheid«: Dieses bittere Urteil fällt Philip Alston über das Zusammenleben auf diesem Globus. Bei einer Konferenz über die UN-Nachhaltigkeitsziele im Sommer 2019 zeigte der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für extreme Armut und Menschenrechte die Gründe auf: Die ärmeren Länder leiden am meisten unter den Folgen der globalen Erderwärmung, obwohl sie selbst am wenigsten dazu beigetragen haben. Die Auswirkungen des Klimawandels trocknen viele Erfolge bei der Bekämpfung der Armut aus. Hunger und Unterernährung nehmen auch deshalb wieder zu. Klima-Apartheid – sie ist der Gipfel der Ungerechtigkeit.

Schon jetzt ringen Millionen von Menschen in Mosambik oder Tansania, Nicaragua oder Bangladesch mit einer Zunahme von Dürren, Stürmen und Fluten, die zudem immer heftiger ausfallen. Regelmäßig geraten sie durch eine unberechenbar gewordene Witterung in Bedrängnis. Die alten Bauernregeln stimmen nicht mehr, sodass die Saat immer häufiger nicht aufgeht. Selbst bei einer Erderwärmung von 1,5 Grad, die im Pariser Klimaschutzabkommen als politische Kür gilt, würden weltweit rund 500 Millionen Menschen mehr als heute von Wasserknappheit bedroht, 26 Millionen von schlechten Ernten, Milliarden von Hitzewellen. Würde sich der Globus um zwei Grad und mehr erhitzen, wären die Folgen noch weit verheerender. Von Syrien über den Sudan bis nach Nigeria: In immer mehr Ländern schürten Dürren schon Konkurrenzkämpfe um Wasser und Land.

Viele Opfer der Klima-Apartheid leben überdies in Staaten, deren Wirtschaft nach wie vor vom Export von Erdöl und -gas, von Kupfer, Kohle, seltenen Erden oder Agrarprodukten abhängig ist. Und da ist die globale Machtverteilung ähnlich: Während sie im »Ressourcenfluch« aus Korruption, Armut, oft Gewalt gefangen sind, schöpfen die reichen Länder aus den Rohstoffen Werte. Sie leben auf Kosten der anderen und beschneiden die Verwirklichung der Menschenrechte.

Die ethische Konsequenz liefe auf eine gerechte Verteilung aller Ressourcen, einschließlich der Atmosphäre, und einen Ausgleich der historischen Verantwortung hinaus. Von der Umsetzung eines solchen Anspruchs zwar noch weit entfernt, haben Entwicklungs- und Schwellenländer diesen immerhin im Pariser Klimaschutzabkommen aufscheinen lassen. Darin werden unter dem Stichwort »Verluste und Schäden« ein Kompensationsanspruch und eine gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung bei der Emissionsminderung formuliert. Mit Geld, Rat und Technologietransfer müssen die großen Emittenten die Opfer des Klimawandels dabei unterstützen, ihre Wirtschaft von vornherein nachhaltig mit erneuerbaren Energien und einer klimaverträglichen Landwirtschaft aufzubauen. Und, vor allem: Die Verursachernationen selbst müssen den Verbrauch und die Emissionen ihrer eigenen Wirtschaft so weit drosseln, dass den ärmeren Ländern ausreichend Spielraum für das eigene Vorankommen bleibt. Das heißt konkret: null Emissionen so schnell wie möglich – und ja, es muss zusätzlich Kohlendioxid gespeichert werden. Die reichen Länder müssen, kurz gesagt, in der Weltgesellschaft ökologisch integer werden. Das ist die Messlatte, wenn man die Umwelt- und Klimapolitik bewerten will.

Das Prinzip, dass alle etwas tun müssen, aber jene, die mehr profitiert haben, deutlich mehr, es betrifft auch die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) der Vereinten Nationen (UN). Ökologisch bedeutsam sind dabei vor allem die SDG 2 (kein Hunger), 6 (sauberes Wasser), 7 (bezahlbare und saubere Energie), 12 (nachhaltiger Konsum), 13 (Klimaschutz) sowie 14 und 15 (Wasser- und Landökosysteme). Aber mehr oder weniger direkt berührt der geforderte ökologische Wandel auch die Ziele Armutsbekämpfung (1), Gesundheit (3),

Frieden (16), Infrastruktur (9) oder nachhaltige Städte (11). Sie alle zu verwirklichen, verwandelt jetzt auch – ja gerade – Industrienationen in Entwicklungsländer. Diese Umkehrung der Rollen auf der Weltbühne ist im öffentlichen Bewusstsein noch kaum angekommen.

Wie schlägt sich nun Deutschland bei der »Großen Transformation«, wie der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) die Herausforderung nennt? Haben wir selbst jene »gute Regierungsführung«, die wir bei der Entwicklungszusammenarbeit von anderen Ländern erwarten? Ist die Gesellschaft bei der Abschaffung der Klima-Apartheid und auch bei den übrigen Ökokrisen auf dem richtigen Weg?

Für Pessimist_innen ganz und gar nicht. Da erscheinen Bürger_innen und Institutionen klimaschizophren und die Bundesregierung zögerlich, konzeptionslos, ja, in vielen Bereichen konfus. Auch die Eckpunkte der Bundesregierung für das Klimaschutzprogramm 2030 vom 20. September 2019, die mit hoher Spannung erwartet worden waren, kommentieren Klima- und Umweltexpert_innen als mutlos und viel zu kurz gesprungen. Optimist_innen hingegen sehen auch Anlass zur Hoffnung darin, dass sich viele Widersprüche extrem zugespitzt haben.

Die Wirklichkeit beim Klima- und Umweltschutz: voller Widersprüche

Einerseits leugnen mittlerweile nur noch Randgruppen die Dramatik der Krisen. Die Berichte des Weltklimarates (IPCC), die durch immer bedrohlichere Detailerkenntnisse erhärtet werden, haben das Bewusstsein für die Unausweichlichkeit der Entwicklungen geschärft – von den Chefetagen bis hinein in die Kindergärten. Zuletzt wühlte das Sondergutachten des IPCC zur Landnutzung die Öffentlichkeit auf. Im Mai stieß überdies der Report des Weltbiodiversitätsrates (IPBES) auf eine ungekannt breite Resonanz. Mit erschreckenden Daten und Hochrechnungen dokumentierte der Rat, dass auch der Schwund der Artenvielfalt nicht weniger als eine Existenzfrage für die Menschheit bedeutet – und dass die Klima- und die Biodiversitäts-Krisen vielfältig miteinander verknüpft sind.

Das Menetekel der Wissenschaftler_innen lässt sich unter anderem deshalb nicht mehr kleinreden oder verdrängen, weil wir Hitzerekorde, Waldbrände, Ernteverluste, das Verschwinden von Bienen, Schmetterlingen, Käfern und Vögeln sowie eine sich abzeichnende Wasserknappheit längst auch in Deutschland spüren. Der Klimawandel ist kein Futur mehr, sondern bedrohliche Gegenwart. Deshalb steht die Sorge um den Planeten derzeit obenan, wenn Bürgerinnen und Bürger befragt werden, was sie sich von den Regierungen wünschen. Deshalb hat sich die Ökologiedebatte aus Fachkreisen wieder mitten in die Gesellschaft verlagert, und das deutlich breiter als schon einmal in den 90ern. Bis hinein in den Bundesverband der Industrie reicht – zumindest rhetorisch – der Konsens: Der Umwelt- und Klimaschutz muss jetzt das Wirtschaften bestimmen. Einerseits.

Andererseits haben die Autohersteller in Brüssel wie in Berlin immer wieder strengere Emissionsregeln, einen schnelleren Umstieg auf umweltverträgliche Antriebe und andere Mobilitätskonzepte torpediert. Andererseits soll der kohlendioxidintensive Tourismus als »Leitbranche des 21. Jahrhunderts« wachsen



Olaf Zimmermann
Geschäftsführer
Deutscher Kulturrat



Nachhaltigkeit ist nichts Sauerträpfisches und auch keine Trauerveranstaltung, sondern muss verstärkt unter der Perspektive des guten Lebens betrachtet werden. Es geht um nicht weniger als einen tiefgreifenden kulturellen Wandel, der ansteht, um den Klimawandel aufzuhalten. Es geht darum, unsere Zukunft zu gewinnen. Wer jetzt auf den Pfad der Nachhaltigkeit wechselt, braucht keine Angst vor der Zukunft zu haben, denn Zukunft ist ein guter Ort.

und wachsen. Und, um nur ein weiteres, aber elementares Beispiel zu nennen: Wenn die Digitalisierung aller Branchen und Lebensbereiche debattiert wird, dann bleibt der gigantische zusätzliche Energieverbrauch der Server, Transaktionen und Geräte meist völlig ausgeklammert; dann wird übersehen, wie bequeme Online-Bestellungen per Handy als Triebkräfte des Kaufrausches alle Bemühungen um den Ressourcen- und Klimaschutz konterkarieren. Dann ist weiterer Verbrauch, sind weitere Emissionen programmiert.

Und die deutschen Konsumbürger und Konsumbürgerinnen sind auch sonst ganz schön widersprüchlich: Einerseits wollen sie nachhaltig leben. In der Werbung für Carsharing (»Endlich können wir die Kinder zur Demo fahren«) oder vegetarische Produkte (»Die neue Lust auf Fleisch – aus Pflanzen«) zeigt sich, wie ernst mittlerweile auch Hersteller das nehmen. Andererseits hält sich die Konsequenz dieser Kundinnen und Kunden im Alltag in engen Grenzen. Fair oder bio kaufen auch jene, die sich das leisten können, meist eher ab und zu ein als immer; Carsharing wird oft zusätzlich zum eigenen Fahrzeug genutzt. Deshalb verzeichnen solche Produkte zwar Erfolge, aber es bleibt ein Wachstum in Marktnischen. Zugleich gab es dieses Jahr neue Rekorde bei der Zulassung von SUV, bei den Flugbuchungen, der Fleischkonsum zog wieder leicht an. So entsteht der Eindruck, dass trotz aller »Klimapanik«, die der Nachhaltigkeitsrat wahrnimmt, der tiefere Ernst noch immer fehlt, der der Dramatik der Analyse und der Dimension der Herausforderung angemessen wäre.

Nicht zuletzt aus Angst vor dieser kognitiven Dissonanz der Wählerinnen und Wähler bleibt die Regierungspolitik ebenfalls widersprüchlich. Da gilt Deutschland einerseits auf internationalem Parkett noch immer als grüner Musterknabe. Die Bundesregierung hat sich bei den Pariser Klimaverhandlungen hervorgetan, ebenso bei der Aushandlung der UN-Nachhaltigkeitsziele. Sie gehörte zu den ersten Ländern, die bei den UN einen Aktionsplan für die SDG einreichten. Sie setzt sich für mehr Klima- und Ressourcenschutz in Entwicklungsländern ein, vor allem für den Aufbau von Energiesystemen, die sich aus Erneuerbaren speisen (nicht

zuletzt, weil sie sich in der globalen Konkurrenz um Märkte dafür behaupten will). Die Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) etwa kann auf ihre Unterstützung zählen.

Andererseits ist dieser Musterknabe keineswegs mehr Spitze, wenn es um die konkrete Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele geht. In der Europäischen Union (EU) steht Deutschland zum Beispiel am Pranger, weil hier die Grenzwerte bei der Luftverschmutzung ebenso wenig eingehalten werden wie die Anforderungen an die Trinkwasserqualität. Erst Druck aus Brüssel bewirkte, dass die Bundesregierung die Düngeregeln verschärfte, kurz hintereinander gleich zwei Mal, weil der erste Beschluss erneut unzulänglich war. Beim Klimaschutz wurden die Ziele für 2020 schon verfehlt, für jene von 2030 sieht es auch dann nicht besser aus, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen des Klimapakets umgesetzt werden; auch deshalb drohen hohe Strafzahlungen. Kurzum: Im Zweifelsfall wird die ökologische Notwendigkeit noch immer von Routinen und der Verheißung neuen Wirtschaftswachstums aufgehalten – sowie von starken Lobbys, auch das haben der Diesel-Skandal oder der Dauerstreit um die Düngemittelverordnung gezeigt. So setzt sich das Leben auf Kosten der anderen fort, das in der übermäßigen Inanspruchnahme der Atmosphäre gipfelt. Die intensive Tierhaltung und der Hunger auf billiges Fleisch etwa führen weiter dazu, dass Deutschland über die eigenen Flächen hinaus Millionen von Hektar im Ausland für Futtermittel nutzt, einschließlich des für den Anbau benötigten virtuellen Wassers. Palmölimporte sind nur teilweise glaubwürdig zertifiziert. Elektroschrott aus Europa vergiftet afrikanische Flüsse, Textilfärbung und Lederindustrie jene in Asien.

All diese Öko-Themen sind nicht neu. Dass die Lösungen den Problemen in Trippelschritten hinterherhinken, ist die Langzeitfolge einer jahrzehntelang ideologisch überhöhten Abstinenz des Staates. Statt mit langem Atem und Überzeugungsarbeit Gesetze voranzutreiben, national und global, setzte man auf freiwillige Selbstverpflichtungen, Runde Tische, Standards, und bürdete die ökologische Verantwortung der überforderten Kundschaft auf.

Doch der Wettbewerb um Kostensenkungen und billige Angebote stach jenen um Nachhaltigkeit aus. Mittlerweile ist allen klar: Wenn Preise die ökologische Wahrheit widerspiegeln und die internationalen Umweltschutzversprechen erfüllt werden sollen, dann ist Politik gefragt. Nach dem viel zu langen Aufschub wirkungsvoller Gesetze hat es die Bundesregierung jetzt aber umso schwerer, sie muss das Versäumte in einem regelrechten Nachhaltigkeits-Fünfkampf aufholen. Bislang humpelt und stolpert sie allerdings noch so konzeptionslos über den Parcours, dass der Schokoladenhersteller Alfred Ritter seufzend spottete: »Dieses Land ist eingeschlafen. Küsst die Politik wach!« Dabei sind diese Herbstmonate entscheidend, denn bis Ende Dezember 2019 soll das Klimaschutzprogramm verabschiedet werden, und in den kommenden Wochen kann der Bundestag noch nachbessern. Außerdem stehen auch bei anderen Disziplinen akut wichtige Entscheidungen an.

Der Nachhaltigkeits-Fünfkampf: ein ver stolperter Parcours



Die Energiewende

Die Energiewende als Kern der Nachhaltigkeitspolitik ist bei der Förderung der erneuerbaren

Energien bislang am weitesten vorangekommen. Viel schneller als erwartet haben Biomasse, Photovoltaik und Windenergie einen Anteil von fast 38 Prozent erreicht und sind in vielen Bereichen konkurrenzfähig geworden – ein Erfolg des rot-grünen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Doch statt die Entwicklung entschlossen voranzutreiben, hat schon die vorherige Große Koalition sie ausgebremst. Der Deckel für den Photovoltaik-Ausbau, das Ausschreibungsmodell für Wind- und Solaranlagen und andere Regeln behinderten gerade jene Energiegenossenschaften, die zu den erfolgreichsten und ehrgeizigsten Triebkräften einer intelligenten dezentralen Versorgung gehören. Der Solarenergie-Deckel soll laut dem Klimapaket zwar geöffnet werden. Doch es gibt noch immer zu wenig Anreize für Bürgerinnen und Bürger, Sonnenstrom auf den Dächern der Großstädte zu produzieren – ein schlafendes Potenzial. Jenseits dessen wird für den Ausbau der Erneuerbaren

Energien wenig Konkretes vorgeschlagen. Höhere Ziele werden nur für Off-Shore-Windkraftanlagen formuliert. Das zuständige Wirtschaftsministerium scheint weiter darauf zu setzen, die erneuerbaren Energien mit Vorrang in die alten, zentralen Strukturen zu lenken. Deshalb kann auch sein Konzept für den Netzausbau viele Bürgerinnen und Bürger nicht überzeugen. Dass er nicht schnell genug vorankommt, wird zu Unrecht allein protestierenden *Nimbys* (*not in my backyard*) in die Schuhe geschoben, die angeblich nur Störfälle vor ihrer eigenen Haustür verhindern wollen. Immerhin wurde mittlerweile der enorme Stellenwert der Stromspeicherung für eine Energieversorgung mit Erneuerbaren erkannt.

Viel zu lange haben CDU und SPD vor allem den ärgsten Emittenten geschont: die Kohle. Dabei war seit Jahren klar, dass ein Ausstiegsplan unumgänglich ist. Unter dem Druck der Pariser Klimaschutzziele rief die neu gewählte Bundesregierung dann erst einmal eine Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung ins Leben – Entscheidungsfreude sieht anders aus. Laut dem Abschlussbericht dieser »Kohlekommission« vom Februar 2019 sollen bis 2022 rund sieben Braunkohle-Blöcke zusätzlich vom Netz gehen, außerdem Steinkohlekraftwerke mit einer Gesamtproduktion von sieben Gigawatt. Im Jahr 2030 sollen von derzeit über 40 Gigawatt Gesamtleistung aller Kohlekraftwerke noch 17 Gigawatt übrigbleiben, 2038 wäre Schluss. Demnach dürften noch immer fast 20 Jahre lang Schornsteine rauchen. Beim letzten von mehreren Fortschritts-Checks will man 2032 prüfen, ob der endgültige Ausstieg auf das Jahr 2035 vorgezogen werden kann.

Viele hoffen, dass das noch früher gelingt, denn der Bericht ist ein Kompromiss, und selbst für einige Umweltschutzvertreter aus der Kommission ein fauler: »Wir stellen fest, dass weder das anvisierte Ausstiegsdatum 2038 noch der unkonkrete Pfad bis 2030 ausreichend sind, um einen angemessenen Beitrag des Energiesektors zum Klimaschutz zu leisten«, heißt es in ihrem gemeinsamen Sondervotum. Auch der Webseite carbonbrief.org zufolge würde das deutsche Klimaschutzziel bei diesem Zeitplan um 1,3 Milliarden Tonnen Kohlendioxid überschritten. Das entspräche in etwa dem 1,5-Fachen der gesamten

deutschen Jahresemission. Der Klimaforscher Mojib Latif kritisierte deshalb, mit dem Beschluss sende Deutschland ein »fatales« Signal an andere Kohleländer. An Polen zum Beispiel, das fast 80 Prozent seines Strombedarfs durch Kohle deckt und diesen Anteil bis zum Jahr 2040 nur auf 22 Prozent verringern will. Oder auch an die vielen Entwicklungs- und Schwellenländer, die noch Neubauten von Kohlekraftwerken planen. Immerhin will die Bundesregierung, den betroffenen deutschen Kohleregionen 40 Milliarden Euro Strukturhilfen überweisen. Richtig ausgegeben, könnten sie die notwendige ökologische Transformation befördern.



Die Verkehrswende

Die Maßnahmen zur Verkehrswende blieben in den letzten Jahren noch weiter hinter den klimapolitischen

Erfordernissen zurück. Der Transportsektor verantwortet derzeit etwa ein Fünftel der Treibhausgas-Emissionen. Immer größere Autos und die Zunahme der Gütertransporte sorgten zuletzt sogar für eine Steigerung. Laut dem Bundesverkehrsministerium soll der Verkehr bis zum Jahr 2030 noch anwachsen: um über 12 Prozent im Vergleich zu 2010.

Um den Kohlendioxid-Gau abzuwenden, regt sich einiges beim Thema Carsharing, und es werden immer mehr Fahrradwege gebaut. Bundespolitisch wird aber im Autoland Deutschland fast nur über den Umstieg der Fahrzeughersteller auf Elektroautos geredet. Dass die Große Koalition in Zukunft solche emissionsärmeren Fahrzeuge und neue Ladestationen fördern will, ist notwendig – greift jedoch viel zu kurz. Was fehlt, ist ein Gesamtkonzept für die flexible Verbindung unterschiedlicher Verkehrsmittel – und vor allem ein großer Wurf für die öffentliche Mobilitäts-Alternative in Stadt und Land schlechthin: die Bahn. Zwar sollen Zugtickets durch eine Senkung der Mehrwertsteuer verbilligt werden und mehr Geld in den Ausbau des Zugverkehrs fließen. Die Kommunen sollen auch mehr Geld für den Nahverkehr bekommen. Doch das notwendige gigantische Investitionsprogramm in neue Wagons und Schienen ist noch nicht zu erkennen – und schon gar nicht der 180-Grad-Kurswechsel des früheren Kurswechsels im Güterverkehr. Denn fatalerweise

wurde der Warentransport ja in den letzten Jahrzehnten gezielt von der Schiene auf die Straße verlagert.



Die Gebäudewende

Die Gebäudewende war ebenfalls ein politisches Stiefkind, in den letzten Jahren wurden keine nennenswerten Kohlendioxid-Emissionen mehr eingespart. Dabei sehen die deutschen Klimaziele in diesem Bereich bis 2030 eine Minderung von 67 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 vor. Derzeit verursachen Häuser fast ein Drittel der Kohlendioxid-Emissionen – und zwar nur durch Wärme, Kühlung, Lüftung, Warmwasser und Beleuchtung. Die indirekten Emissionen, die bei der Herstellung der Baumaterialien und -stoffe entstehen, kommen noch hinzu. Notwendig wäre eine drastische Erhöhung der Energie-Effizienz, wenn neu und umgebaut oder geheizt wird.

Laut einer Studie des Öko-Instituts kann die Sanierung meist kostenneutral umgesetzt werden, wenn Heizungen in sogenannter Sektorkopplung über elektrische Wärmepumpen betrieben werden; dabei wird Strom effizient in Wärme umgewandelt. Ein Grund dafür, dass das bislang nicht öfter geschehen ist, sind die anfänglichen Investitionskosten, die sich erst später durch geringere Energiekosten amortisieren. Hausbesitzer scheuen den Start, Mieterinnen fürchten die Umlagen.

Umso wichtiger sind hier großzügige Anreize durch den Staat. Am wirkungsvollsten wären spürbare Steuervorteile. Die aber lassen schon seit 2011 auf sich warten. Im Klimapaket sind zwar Fördermaßnahmen vorgesehen, doch bisher steht weder die Höhe fest noch die Dauer. Notwendig wären darüber hinaus Stimuli zur klimagesunden Verkleinerung des individuellen Flächenanspruchs, wenn Paare nach der Familienphase oder ältere Menschen ihre großen Wohnungen nicht mehr brauchen. Koordinationsstellen und Fördertöpfe für Umbau, Wohnungstausch und Umzug bieten sich da an.



Die Finanzierungswende

All die Wenden werden nicht in Schwung kommen ohne das Signal: Emissionen müssen bezahlt werden.

Die Umweltministerin Svenja Schulze wirbt deshalb schon seit dem vergangenen Jahr für einen Kohlendioxid-Preis. Er kann quer durch die Sektoren dafür sorgen, dass sich Einsparungen lohnen – und damit die entsprechenden Technologien und sozialen Reformen größere Chancen bekommen. Für Haus- und Wohnungsbesitzer_innen rentieren sich dann Investitionen in Solarsysteme, Wärmepumpen oder Energiespar-Umbauten schneller. Beim Autofahren lohnen sich eher Elektroautos, oder man steigt auf öffentliche Verkehrsmittel um. Für Unternehmen wächst der Anreiz, klimaschonende Produkte zu entwickeln. Außerdem würde die geforderte Elektrifizierung der Strom- und Wärmeproduktion erleichtert.

Die CDU war zunächst gegen eine Kohlendioxid-Bepreisung, der sozialdemokratische Finanzminister ebenfalls. Dass so ein Preis nun dennoch kommen soll, liegt vor allem daran, dass Brüssel mit Strafzahlungen in Milliardenhöhe für klimapolitisches Versagen droht. Ein weiterer Antrieb: Teile der Industrie und auch viele Investor_innen aus der Finanzwelt betrachten einen Kohlendioxid-Preis als Förderprogramm für Innovationen und Wirtschaftswachstum. Außerdem sprechen neben den Klima- und Ökoexpert_innen (allen voran aus dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung) auch die fünf Wirtschaftsweisen von einer »historischen Chance«, dieses Instrument einzuführen.

Der konkrete Vorschlag im Klimapaket jedoch ist ein halbherziger Kompromiss. Statt einer Kohlendioxid-Steuer, die man schnell einführen könnte, soll ein komplizierter nationaler Emissionshandel eingeführt werden. Dabei soll die Einstiegssumme bei nur zehn Euro pro Tonne Kohlendioxid liegen – die sind kaum spürbar und bieten Bürgerinnen und Bürgern sowie Industrie kaum Anreize, ihr Verhalten zu ändern. Expert_innen halten dafür mindestens 30, eher 50 Euro für geboten. Sie müssten so schnell wie möglich berechenbar und kontinuierlich auf 180 Euro gesteigert werden. Kontrovers wird außerdem dis-

kutiert, wofür die Einnahmen verwendet werden sollen. Vor allem Svenja Schulze, die Umweltministerin, betont, dass höhere Preise einkommensschwächere Haushalte stärker belasten würden. Um diese Ungerechtigkeit auszugleichen, wollte sie eine bestimmte Summe aus diesen Klimasteuer-Einnahmen an jeden einzelnen Bürger rückerstatten. Wer viel konsumiert, zahlt bei diesem Modell drauf; wer es bewusst tut, profitiert. Stattdessen sollen jetzt eine Verringerung des Strompreises und andere Einzelmaßnahmen Entlastung bringen; darunter eine klimapolitisch fragwürdige Pendler-Pauschale. Ein Großteil der Einnahmen aus dem Emissionshandel soll in Klimaschutzinvestitionen fließen.

Dieser Investitionsbedarf ist so hoch, dass viele – indes vergeblich – die Aufgabe der »schwarzen Null« als Haushaltsziel fordern. Die Streichung klimaschädlicher Subventionen hätte ebenfalls zu den geforderten hohen Investitionen in den Klimaschutz beitragen können. Jährlich bis zu zwölf Milliarden Euro würden dadurch frei. Doch nur den Flugverkehr

will die Bundesregierung durch einen Abbau staatlicher Begünstigung verteuern. Auch Steuern für Digitalunternehmen oder solche auf Fleisch oder Stickstoff werden bislang nicht verfolgt.

Angesichts der vielen Defizite bei der Klimapolitik ist das vielleicht wichtigste Instrument, das die Große Koalition vorsieht, das regelmäßige Monitoring, dem sich jedes einzelne Ministerium unterziehen muss. Wer seine Ziele nicht erreicht, soll zu Nachbesserungen verpflichtet werden. Doch auch das bleibt letztlich unverbindlich.



Die Agrarwende

Die Agrarwende ist seit den Debatten über Glyphosat, Schmetterlingssterben und Tierwohl in aller Munde.

Die Verbraucher und Verbraucherinnen äußern eindeutige Vorlieben, es gibt eine wirkliche Chance für den ökologischen Wandel. Doch die Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner fördert alles ein bisschen und im Zweifelsfall doch eher die konventionellen Strukturen und Technologien des Agrobusiness.

Am deutlichsten wird das bei der Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. Weil die neuen Regeln für sieben Jahre gelten, ist sie die vielleicht wichtigste agrarpolitische Baustelle, wenn die Landwirtschaft ökologisch tragfähig werden soll. Die EU-Kommission wird die Weichen dafür bald stellen müssen, denn die aktuellen Bestimmungen laufen im Jahr 2020 aus. Doch statt eine eindeutige Umschichtung der EU-Milliarden zu befürworten, hält die Bundesregierung wie der bisherige EU-Agrarkommissar Phil Hogan an der Priorität von Direktzahlungen fest. Derzeit werden pro Hektar 4,8 Milliarden Euro im Jahr bezahlt, weitgehend unabhängig davon, wie das Land bewirtschaftet wird. Das stärkt vor allem große Landbesitzer. Agrarministerin Klöckner hat zwar ihre Absicht erklärt, bei Zahlungen aus dieser sogenannten Ersten Säule soziale und ökologische Kriterien durchsetzen zu wollen, doch mit klaren öffentlichen Aussagen, wie weit sie dabei gehen will, hielt sie sich zurück. Dabei würde eine stärkere Ökologisierung der Subventionen nicht nur den natürlichen Ressourcen in Europa helfen, sondern auch den Bäuerinnen und



Christoph Bongard
Ko-Vorsitzender des
SprecherInnenrates
Plattform Zivile
Konfliktbearbeitung



Die SDG erfordern einen grundsätzlichen Wandel unserer Lebens- und Wirtschaftsweise. Ein derart grundlegender Transformationsprozess ist unweigerlich mit Konflikten verbunden. Sie konstruktiv und gewaltfrei zu lösen ist von entscheidender Bedeutung für die Erreichung aller globalen Nachhaltigkeitsziele. Darum ist es so wichtig, jetzt viel mehr in die Fähigkeiten aller Akteure – in der Zivilgesellschaft, in Kommunen und öffentlicher Verwaltung und im internationalen Engagement Deutschlands – im Umgang mit Konflikten zu investieren.

Bauern in Entwicklungsländern. Die Direktzahlungen nützen vor allem der Billigproduktion landwirtschaftlicher Rohstoffe für die Lebensmittelindustrie, und die setzt auf Exporte in alle Welt. Mit den staatlich begünstigten Preisen von EU-Produkten können Kleinbauernfamilien in Entwicklungs- und Schwellenländern dann oft nicht konkurrieren.

Aufs Klima bezogen, bestünde der größte Beitrag der Landwirtschaft im Rückbau der intensiven Fleischproduktion. Das benötigte Soja- und Maisfutter wird aus Südamerika importiert, dort fallen womöglich wertvolle Tropenwälder dafür, und der Einsatz an Kunstdünger und Pestiziden auf den Flächen ist enorm; beides wird mit hohem Energieaufwand hergestellt. Doch die Bundesregierung scheut den Schritt, regionale Obergrenzen für Tierbestände festzulegen. Jenseits dessen ist die Rolle der Landwirtschaft beim Klimawandel hoch komplex. Bäuerinnen und Bauern sind sowohl Opfer als auch Täterinnen beziehungsweise Täter, sie wirtschaften höchst unterschiedlich, in jeder Region gelten andere Bedingungen. Vom Problem zur Lösung wird die Landwirtschaft, wenn sie den Humusaufbau in den Mittelpunkt stellt, wenn es wieder mehr natürliche Weidesysteme gibt, wenn die Fruchtfolgen vielfältiger werden, wenn mehr Hecken und Bäume wachsen und Moore wieder vernässen, sodass die Landschaft feuchter und kühler wird. Das alles ist bekannt, doch es wird auch jenseits der Europäischen Union noch zu wenig priorisiert und mit öffentlichen Mitteln unterstützt.

Die große Herausforderung: Kohärenz

Es stehen noch weitere Wenden an: der Kampf gegen Plastik- und anderen Müll sowie die Herkulesaufgabe einer Kreislaufwirtschaft, bei der die Abfälle der einen zu Produktionsmitteln der anderen werden. Neuerdings scheinen sich die Parteien bei diesen und allen anderen Ökologithemen mit Initiativen übertrumpfen zu wollen. Dabei besteht die vielleicht größte und zugleich am meisten vernachlässigte Herausforderung jetzt darin, Zielkonflikte zu erkennen. Wenn Deutschland zum Beispiel noch mehr Biomasse braucht, um fossile Ressourcen durch biologische zu ersetzen, dann muss dieses Pflanzenmaterial importiert werden, was womöglich die Ernährungssicherheit in anderen Ländern bedroht. Die

Energie- und die Agrarwende könnten zur Konkurrenz um Flächen führen. Der Ausbau der Windkraftanlagen gefährdet mancherorts den Wald- und Artenschutz. Die Elektromobilität im großen Stil kann einige Entwicklungsländer einen hohen Preis kosten, weil dafür Lithium und andere Rohstoffe teils unter ökologisch wie menschenrechtlich fragwürdigen Bedingungen gefördert werden. Und so unverzichtbar eine Kohlendioxid-Steuer wäre: Sie schafft auch Anreize für problematische Technologien wie die Kohlenstoffsequestrierung, also die Einlagerung von Kohlenstoff in Gesteinsformationen oder der Tiefsee, für fragwürdige Formen der Kohlenstoffnutzung oder großflächige Aufforstungsvorhaben in Monokulturen.

Solche Konfliktfelder zeigen: Die Große Transformation wird nur gelingen, wenn zugleich eine kulturelle Wende in Gang kommt – von der konsumistischen Entgrenzung zur Genügsamkeit.

Einbindung und Schutz zivilgesellschaftlicher Gruppen

Weil Bürgerinitiativen und NGOs Zielkonflikte am ehesten erspüren und am kreativsten dabei sind, Ideen für ihre Lösung zu finden, ist außerdem eine



Klaus Müller
Vorstand
Verbraucherzentrale
Bundesverband

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbrauchern in Deutschland ist nachhaltiger Konsum wichtig. Dafür brauchen sie eine klare Kennzeichnung, an der sie sich orientieren können. Das setzt rechtlich verbindliche und ambitionierte Kriterien voraus. Unternehmen müssen sicherstellen, dass sie hohe ökologische und soziale Standards für nachhaltige Produkte einhalten – und das in der gesamten Produktions- und Lieferkette.

Wende zu mehr demokratischer Beteiligung gefordert. Dabei ist die Entwicklung erneut widersprüchlich: In vielen Weltregionen werden die Spielräume für demokratisches Engagement gerade drastisch beschnitten. Dabei sind immer wieder gerade Umweltgruppen staatlichen Repressalien ausgesetzt, besonders in Ländern, in denen es – von Brasilien über Indonesien bis Russland – Konflikte um agrarische oder mineralische Rohstoffe gibt. Das indische Zentrum für Wissenschaft und Umwelt (CSE) hat schon vor vielen Jahren dokumentiert, wie sich die Regionen der Artenvielfalt, des Ressourcenabbaus und der Spannungen zwischen Staat und lokaler Bevölkerung überschneiden. Hier wird der Zusammenhang zwischen dem Überkonsum lokaler und globaler Eliten und der Einhaltung der Menschenrechte deutlich sichtbar.

In Deutschland und vielen anderen Ländern hingegen haben die ökologischen Krisen zuletzt Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement neu belebt. Allen voran steht die Fridays-for-Future-Bewegung. Die Jugend vertritt ihre Zukunftsinteressen auf der Straße. Aufgewachsen mit Handy und Internet, koordiniert sie ihre Demonstrationen auch international. Doch bei den großen Protesten vom 20. September 2019 haben 1,4 Millionen Bundesbürger auf Deutschlands Straßen gezeigt: mittlerweile wird die junge Generation dabei auch von Parents- und Grandparents-for-Future unterstützt.

In der Gesellschaft engagieren sich neuerdings Rechtsanwaltskanzleien dafür, Klimagerechtigkeit als Menschenrecht durchzusetzen und gegen Verschmutzer zu klagen, so wie im Fall eines peruanischen Bauern gegen den Energiekonzern RWE geschehen. Stiftungen, Kirchen, Banken, aber auch große Fonds unterstützen die sogenannte Divestment-Bewegung: Sie lenken ihre finanziellen Anlagen aus fossilen Industrien in nachhaltige um. Städte und Kommunen gehen bei klimaverträglichen Bau- und Verkehrskonzepten voran. Die Gewerkschaft IG Metall setzt sich gemeinsam mit dem Naturschutzbund und dem Bund für Umwelt und Naturschutz für mehr Klimaschutz ein. Oder eine neue Bewegung kämpft gegen Bodenversiegelung – um nur wenige Beispiele zu nennen.

Sie und viele andere Initiativen könnten dazu beitragen, dass die kritische Masse für ausreichend Druck auf die Bundesregierung entsteht – so die optimistische Sicht. Pessimist_innen hingegen warnen: Die Zeit rast! Nimmt man selbst die unzulänglichen Ziel-Zusagen bis 2030 ernst, dann bleiben nur noch zehn Jahre, um die Weichen für die Umsetzung zu stellen. Zehn Jahre, höchstens 15: Dieser knappe Zeithorizont wurde tatsächlich schon einmal angemahnt. 2006 erregte Al Gore mit seinem Buch *An Inconvenient Truth* weltweit Aufsehen. Im gleichen Jahr rechnete der Wirtschaftswissenschaftler Nicholas Stern eindringlich vor, dass es erheblich teurer werde, mit den Folgen des Klimawandels zu leben, als ihn so weit wie möglich abzuwenden.

Das ist jetzt 13 Jahre her.



Christiane Grefe (geboren 1957) arbeitet seit 1999 als Redakteurin und Reporterin im Berliner Büro der ZEIT. Ihre Themenschwerpunkte sind Ökologie, Globalisierung und Gesundheit. Sie ist Autorin zahlreicher Bücher, zuletzt erschienen *Global Gardening. Bioökonomie – Neuer Raubbau oder Wirtschaftsform der Zukunft?* (Antje Kunstmann, München 2016); *Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution – Ein Streitgespräch über Wachstum, Politik und eine Ethik des Genug* (mit Nico Paech und Erhard Eppler; Oekom Verlag, München 2016); *Was tun: Demokratie versteht sich nicht von selbst* (gemeinsam mit vier weiteren Autorinnen; Antje Kunstmann, München 2017). Für ihre Arbeit erhielt Grefe den B.A.U.M Umwelt- und Nachhaltigkeitspreis 2019.



Nachhaltigkeit im Sozialen

Die vergessene Dimension

VON ANJA KRÜGER

Alltag in Deutschland: Bettelnde Menschen gehören wie selbstverständlich zum Stadtbild, an den Tafeln mit stark verbilligten Lebensmitteln stehen die Leute Schlange, Senior_innen sammeln Flaschen aus dem Müll, um mit dem Pfandgeld ihre kargen Einkünfte aufzubessern.

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen fordert ein Umsteuern, damit sich das ändert. Ihr Anliegen ist so groß wie vielversprechend: Die Welt soll zu einem Ort werden, an dem jede und jeder sozial abgesichert ist, niemand hungert, nachhaltig gelebt und gewirtschaftet und so der Planet Erde geschützt wird. Diese Aufforderung richtet sich auch an Deutschland. Das Besondere: Anders als vergleichbare vorangegangene Beschlüsse der UN sind die Ziele universell angelegt. Für Deutschland heißt das: Die SDG sollen sowohl im Land selbst als auch international erreicht werden, etwa in Entwicklungsländern. Das bedeutet: Der Kampf gegen Armut ist nicht nur in der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung erforderlich, sondern auch hier.

Die Folgen von Armut sind in Bangladesch oder dem Sudan verheerender als in Berlin oder Stuttgart. Aber auch Armut in Deutschland hat drastische Folgen.

Arme Frauen haben eine um 4,4 Jahre kürzere Lebenserwartung als reiche, bei den Männern sind es sogar 8,6 Jahre, zeigen Analysen des Robert-Koch-Instituts.¹ Wer arm ist, leidet unter sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Belastungen sowie unter Ausgrenzung und mangelnder gesellschaftlicher Teilhabe. Doch die deutsche Regierung zeigt wenig Ehrgeiz. Das dokumentieren ihre innerhalb der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie formulierten Zielsetzungen – und vor allem die fehlenden in sozialen Fragen.

In der Wahrnehmung der Agenda 2030 in Deutschland spiegelt sich dies wider. Auf Einladung der Bundesregierung hat im Jahr 2018 eine sogenannte Peer-Review-Gruppe die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie begutachtet. Die Prüfer_innen stellten fest, dass ihre Gesprächspartner_innen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft die soziale Dimension der SDG kaum im Blick haben: »Sie nehmen die nachhaltige Entwicklung als eine Umweltagenda wahr, obwohl sie tatsächlich auch die wirtschaftlichen und sozialen Bereiche umfasst.«²

Dabei wäre es erforderlich, sich mit den sozialen Aspekten der Agenda 2030 mehr zu befassen, konstatiert die Peer-Review-Gruppe: »Wir haben von verschiedenen Stakeholdern gehört und auch der allgemeinen Debatte im Land entnommen, dass Befürchtungen bestehen, dass immer mehr Menschen in Deutschland selbst zurückgelassen werden«, heißt es in ihrem Bericht. »Niemanden zurücklassen« ist eine zentrale Aufforderung der UN-Agenda. Sie zielt darauf, gerade die Schwächsten zu stärken und ein Ziel erst dann als erreicht anzusehen, wenn es für alle erreicht ist. Nach Auffassung der Prüfer_innen muss unter anderem im Kampf gegen »Arbeitsplätze, die weder menschenwürdig sind noch fair bezahlt werden« sowie bei »Themen von Grenzen sozialen Zusammenhalts« mehr unternommen werden. Das betrifft »insbesondere das Gefühl von sozialer Unsicherheit und von prekären Lebensumständen«.

Das soziale Sicherungssystem: ein Netz mit großen Löchern

Deutschland verfügt über soziale Sicherungssysteme wie die Grundsicherung oder Leistungen der Arbeits-

agenturen, die ein Abdriften von Menschen ohne oder mit geringem Einkommen in die Verelendung verhindern sollen. Hunderttausende Obdachlose belegen, dass die Sicherungssysteme zu große Lücken haben. Offizielle Statistiken dazu gibt es nicht. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe hatten 2017 rund 650.000 Menschen in Deutschland keine Wohnung, darunter waren 370.000 Geflüchtete. Wachsende Armut und steigende Mieten führten nach Auffassung der Bundesarbeitsgemeinschaft zu einem Anstieg der Obdachlosigkeit unter der ansässigen Bevölkerung. Das ist in vielen europäischen Ländern der Fall. Eine Ausnahme ist Finnland. Dort ist die Obdachlosigkeit von rund 18.000 Menschen Ende der 1980er Jahre auf 6.500 gesunken, nachdem ein »Housing first« genanntes Modell eingeführt wurde. Hier bekommen Obdachlose eine Wohnung, ohne vorher Bedingungen erfüllen zu müssen. In der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist Obdachlosigkeit kein Thema.

Nicht nur Wohnungslose in Deutschland sind arm. Auch viele Menschen, die ein Dach über den Kopf haben, leiden unter Mangel. In Deutschland sind 17,2 Prozent der Frauen und 15,2 Prozent der Männer arm. Das heißt, sie haben weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung. »Die Armutsquote bei Alleinerziehenden, Menschen mit geringer Qualifikation und Erwerbslosen ist gegenüber 2005 sogar noch deutlich stärker gestiegen als die Armut insgesamt. Mit der 2030-Agenda verpflichtet sich die Bundesregierung aber, genau diese vulnerablen Gruppen besonders zu schützen und Maßnahmen zu erreichen, sie aus der Armut zu heben«, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Wohlfahrtsverbands Der Paritätische.³ In Deutschland lag die Armutsgefährdungsquote unter Einbeziehung gezahlter Sozialleistungen im Jahr 2018 bei 16,1 Prozent. In vielen Ländern Europas ist sie deutlich niedriger. Unter Berücksichtigung der gezahlten Sozialleistungen liegt sie zum Beispiel in Österreich bei 14,3 Prozent, in den Niederlanden bei 13,4 Prozent, in Finnland bei 12 Prozent und in Tschechien bei 9,6 Prozent. Insgesamt kommen 15 EU-Länder auf einen besseren Wert als Deutschland.

Doch die Bundesregierung zeigt keinen Ehrgeiz, zu diesen Ländern aufzuschließen. »Ziel ist es, dass der

Anteil der Personen in Deutschland, die materiell depriviert sind, bis 2030 deutlich unter dem Durchschnitt in der EU bleibt«, heißt in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. »Bleibt« bedeutet: Die Bundesregierung strebt die Aufrechterhaltung des Status quo an. »Depriviert« bedeutet, Entbehrungen zu erleiden. Gemessen wird Deprivation mit Hilfe von neun Indikatoren, etwa dem Fehlen einer Waschmaschine aus finanziellen Gründen, der Notlage, die Wohnung nicht angemessen beheizen oder unerwartete Ausgaben in Höhe von rund 1.000 Euro nicht bestreiten zu können. Treffen drei von neun Entbehrungen zu, gehen die Fachleute von einer materiellen Deprivation aus, sind es vier, gilt das Maß als erheblich. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts wurden 9,1 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2017 als materiell depriviert, 3,4 Prozent als erheblich depriviert betrachtet. In der EU waren es im Schnitt 14,7 Prozent und 6,7 Prozent. Obwohl das von der UN formulierte Nachhaltigkeitsziel lautet, bis 2030 Armut in all ihren Formen und überall zu beenden, lässt die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung keine entsprechenden Anstrengungen erkennen.

Dabei ist der Handlungsbedarf in Deutschland weit aus größer, als das von der Bundesregierung gesteckte Ziel glauben machen will. Materielle Deprivation ist nur eines von drei Kriterien zur Feststellung des Armutsrisikos. Die anderen beiden liegen vor, wenn eine Person ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze bezieht oder in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung lebt. Nach dieser Definition waren in Deutschland im Jahr 2017 rund 15,5 Millionen Menschen in materieller Not oder von Armut bedroht. Das ist fast ein Fünftel der Bevölkerung. Fast drei Millionen Kinder leben in Armut oder sind davon bedroht, zwei Millionen von ihnen beziehen Hartz-IV-Leistungen – die belaufen sich für 13-Jährige auf 302 Euro im Monat. Familienleistungen werden voll mit Sozialleistungen verrechnet. Für Kinder unter 15 Jahren erhalten leistungsbeziehende Familien weniger Geld, als Gutverdiener_innen als Kinderfreibetrag geltend machen können. Nach einer Studie des Wohlfahrtsverbands Der Paritätische nimmt die soziale Spaltung zwischen armen und reichen Familien denn auch zu. »Arme Kinder werden ärmer und immer weiter abgehängt«, sagt Hauptgeschäftsführer Schneider. »Das

Gefühl nicht dazu zu gehören, ausgegrenzt zu sein und abseits stehen zu müssen, ist das Lebensgefühl armer Kinder in Deutschland. Frust, Resignation, weniger Bildungserfolg und höhere Krankheitsanfälligkeit sind schließlich sehr häufig die Folgen der Einkommensarmut der Familien.«⁴

Kinderarmut könnte rasch abgeschafft werden: mit einer angemessenen Kindergrundsicherung. Das Konzept des Bündnisses Kindergrundsicherung, eines Zusammenschlusses von 14 Sozial-, Wohlfahrts- und Fachverbänden und 13 Wissenschaftler_innen, setzt dafür 628 Euro im Monat an. Im Gegenzug würden die anderen kinderbezogenen Leistungen wegfallen. Mit steigendem Einkommen von Familien soll die Kindergrundsicherung abgeschmolzen werden. Auch der Ausbau der sozialen Infrastruktur wie Kinderbetreuung oder kostenlose Bildungs- und Freizeitangebote ist ein Beitrag zur Armutsminderung. Reiche können sich solche Leistungen bei Bedarf kaufen, Menschen mit geringem Einkommen nicht. Das Beispiel Kinderarmut zeigt, dass es den sozialen Sicherungssystemen nicht gelingt, Menschen angemessen vor Not zu schützen. Bei vielen Senior_innen sieht das ähnlich aus. Hartz-IV-Beziehende sind häufig von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen, weil die Regelsätze zu niedrig sind. Die Nationale Armutskonferenz fordert existenzsichernde Regelsätze, Zuschüsse zu Sonderausgaben und das Ende existenzbedrohender Sanktionen.

Während die einen nicht wissen, wie sie mit ihrem wenigen Geld sich und ihre Kinder über die Runden bringen sollen, leben die anderen im Luxus. SDG 10 verlangt, Ungleichheit ab- und die Verteilungsgerechtigkeit auszubauen. In Deutschland ist die Kluft zwischen arm und reich sehr groß. Nach Angaben der Bundesbank verfügen die reichsten 5 Prozent der Bürger_innen über ein Durchschnittsvermögen von 861.600 Euro. Nach Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) besitzen die 45 reichsten Haushalte so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. Das oberste Prozent nennt gar ein Drittel des gesamten Vermögens in Deutschland sein eigen. Dennoch weicht die Bundesregierung dem Problem der extrem asymmetrischen Vermögensverteilung aus. Dabei bedroht die ungleiche Verteilung von Wohlstand den gesellschaft-

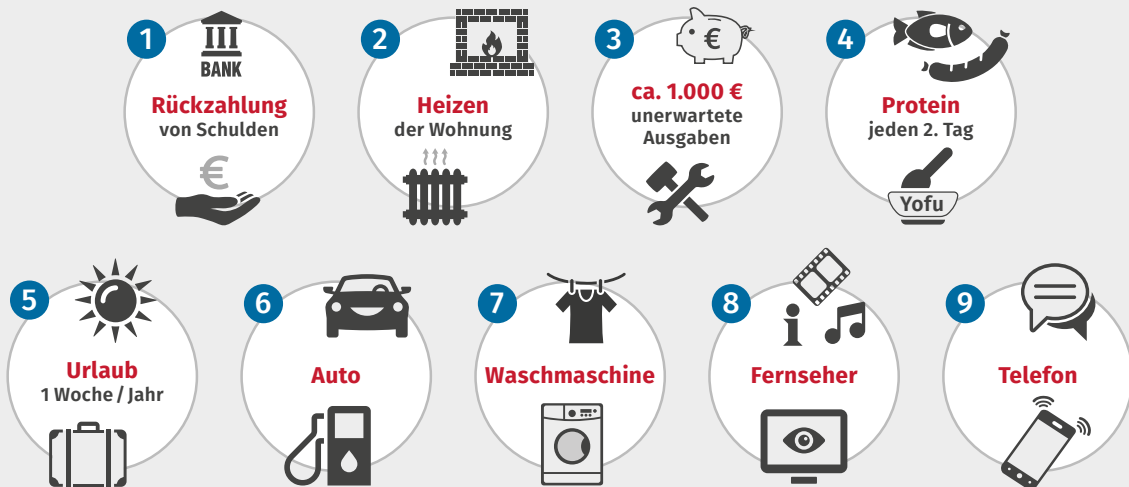
lichen Zusammenhalt und gefährdet den sozialen Frieden. Wenn Luxus auf der einen Seite und prekäre Lebensverhältnisse, verbunden mit schlechten Bildungs- und Aufstiegschancen, auf der anderen das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen erheblich beeinträchtigen, hat das Folgen für die Akzeptanz des politischen Systems. Die Zunahme von Nichtwähler_innen oder das Erstarken rechtsextremer Parteien zeugen davon.

Die Bundesregierung setzt sich im Zuge der Agenda 2030 zum Ziel, den sogenannten Gini-Koeffizienten

für Haushaltseinkommen nach Steuern und Sozialtransfers bis 2030 unterhalb des EU-Durchschnittswerts zu halten, um das Maß an Ungleichheit zu beschränken. Doch die EU ist für das reiche Deutschland nicht die angemessene Referenzgröße. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke sollte Deutschland ehrgeizigere Ziele haben. Der Gini-Koeffizient ist eine statistische Größe für die Ungleichverteilung von Einkommen. Er nimmt einen Wert zwischen Null und Eins an. Null bedeutet, dass jede Person über exakt das gleiche Einkommen verfügt, Eins heißt, dass nur eine einzige Person das gesamte Einkommen erhält.

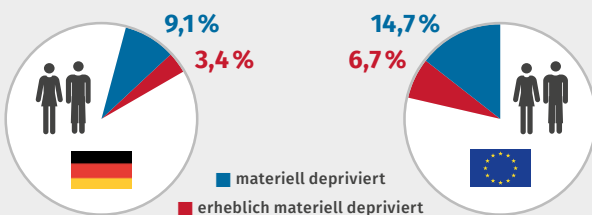
Abbildung 3
Materielle Deprivation in Deutschland

Als **materiell depriviert** gilt, wer sich **mindestens drei** dieser neun Kriterien finanziell nicht leisten kann:

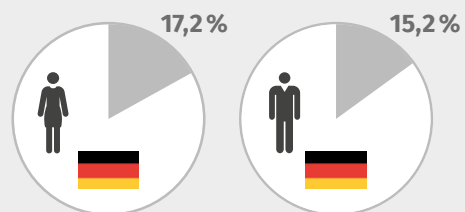


Quellen: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:Material_deprivation/de; https://www.boeckler.de/wsi_50648.htm#

Treffen mindestens **vier** dieser Entbehrungen zu, spricht man von **erheblicher materieller Deprivation**.



Als **arm** gilt, wer **weniger als 60 Prozent** des Durchschnitts-Einkommens zur Verfügung hat.



Der Gini-Koeffizient liegt in Deutschland mit einem Wert von 0,295 leicht unter EU-Niveau von 0,308 – in Brasilien beträgt er dagegen 0,53, in Südafrika 0,63, in Indien ist er mit 0,36 vergleichsweise niedrig. Im globalen Vergleich schneidet die Bundesrepublik also gut ab und sieht sich daher auch in ihrer Politik bestätigt. Allerdings ist der Gini-Koeffizient für das Einkommen in Bezug auf die Wohlstandsverteilung wenig aussagekräftig. Wohlstand schließt Kapitalerträge, Eigentum und vieles mehr ein. Konzentriert man sich nur auf die Einkommen, wird die ungleiche Vermögensverteilung nicht angetastet.

NGOs fordern stattdessen, Deutschland müsse »für eine faire Besteuerung sorgen, in öffentliche soziale Grunddienste wie Bildung und Gesundheit investieren und die strukturelle Benachteiligung von Menschen beseitigen«. Denn: »Im europäischen und internationalen Vergleich zählt Deutschland zu den Ländern mit der größten Vermögensungleichheit«, wie es in einer Erklärung von 136 zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Nachhaltigkeitsgipfel der Vereinten Nation im September 2019 heißt.⁵

Arm trotz Arbeit? Das Einkommen muss für den Lebensunterhalt reichen

Noch nie waren so viele Menschen wie heute sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dennoch sind viele von ihnen arm. Nach Angaben der Nationalen Armutskonferenz verdoppelte sich ihr Anteil zwischen 2004 und 2014 auf 9,6 Prozent der Erwerbstätigen. 1,2 Millionen Menschen mit einem Job bekommen ergänzend Hartz IV. Das rasante Anwachsen der *working poor* ging einher mit einer immensen Ausdehnung des Niedriglohnsektors nach der Verabschiedung der Hartz-Reformen zu Beginn des Jahrhunderts. In Deutschland arbeiten acht Millionen Menschen, das ist fast jede_r Vierte, im Niedriglohnbereich, mithin für weniger als 10,60 Euro in der Stunde – so viele wie in keinem anderen Land Westeuropas. In der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist davon jedoch nicht die Rede. Deren achttes Kapitel widmet sich unter dem Titel »Gute Arbeit und Wirtschaftswachstum« Themen wie dem Staatsdefizit, öffentlichen Schulden, der Rohstoffproduktivität oder dem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt. Wohlstand soll dauerhaft »erhalten«

werden, man will gute Investitionsbedingungen schaffen. Dazu gehört mit Blick auf einen möglichen Fachkräftemangel die Erhöhung der Erwerbstätigenquote. Als Anteil der Erwerbstätigen unter den 20- bis 64-Jährigen werden für das Jahr 2030 rund 78 Prozent angestrebt, bei den 60- bis 64-Jährigen sind es 60 Prozent. Nur: Im Jahr 2017 waren bereits 79,2 Prozent der 20- bis 64-Jahren erwerbstätig, das ausgegebene Ziel ist also eher eine Bestandaufnahme. Bei den Älteren lag die Quote bei 58,7 Prozent; auch hier ist das anvisierte Ziel nicht besonders ehrgeizig.

In ihrem Nachhaltigkeitsbericht aus dem Jahre 2018 listet die Bundesregierung zwar eine Reihe arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen der jüngeren Vergangenheit auf wie den Rechtsanspruch auf zeitlich begrenzte Teilzeit, die Einführung des Mindestlohns oder die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts für die mehr als 800.000 registrierten Langzeitarbeitslosen. Für neue Impulse nutzt die Bundesregierung die Nachhaltigkeitsstrategie aber nicht. Wie nötig diese wären, zeigt das Beispiel Mindestlohn – laut Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung ein wichtiges Element zur Anhebung der Einkommen von Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Die Höhe von 9,19 Euro pro Stunde im Jahr 2019 und 9,35 Euro pro Stunde im Jahr 2020 wird allerdings nicht infrage gestellt, sondern bekräftigt. Dabei ist der Mindestlohn selbst nicht nachhaltig, denn er reicht nicht aus, um Ansprüche auf eine armutsfeste Rente zu erwerben. Dafür müsste er bei knapp 13 Euro liegen.

Problematisch, weil zu sozialer Unsicherheit führend, ist auch die hohe Zahl der prekären, atypischen Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Befristung, Teilzeit- oder Minijob. Nach Zahlen der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung ist jede dritte Frau in Deutschland atypisch beschäftigt, bei den Männern sind es 12,2 Prozent. Die Bundesregierung hat zwar Maßnahmen zum Missbrauch der Leiharbeit verabschiedet, doch die sind nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes unzureichend. Leiharbeiter_innen dürfen nur 18 Monate in einem Betrieb eingesetzt werden, nach neun Monaten müssen sie den gleichen Lohn erhalten wie die Stammbeslegschaft. Trotzdem ist die Leiharbeit nicht zurückgegangen. Damit aus Stammarbeitsplätzen keine Leiharbeit wird, fordert der DGB unter

anderem, dass sich die 18-Monats-Frist nicht auf die Person, sondern den Arbeitsplatz bezieht.

Neben solchen Maßnahmen oder restriktiveren Bestimmungen für befristete Verträge oder Minijobs sind bessere Kinderbetreuungsangebote erforderlich, um Eltern den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Hier sieht die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung tatsächlich deutliche Verbesserungen vor. Bis zum Jahr 2030 soll der Anteil der bis zu zwei Jahre alten Kinder, die eine Ganztagsbetreuung besuchen, von jetzt 16,5 Prozent auf 35 Prozent steigen, jener der Drei- bis Fünfjährigen von heute 45,9 Prozent auf 70 Prozent. Kinderbetreuung ist außerdem ein wesentlicher Faktor, um die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, das sogenannte Gender Pay Gap, zu schließen. Die Bundesregierung fasst eine Senkung von derzeit 21 Prozent auf 10 Prozent ins Auge und hat einen Rechtsanspruch auf Lohntransparenz eingeführt. Damit können Frauen

in Unternehmen ab 200 Beschäftigten in Erfahrung bringen, ob sie schlechter als ihre Kollegen bezahlt werden. In Dänemark gibt es eine vergleichbare Regelung seit 2006, die Studien zufolge für eine Anpassung der Gehälter sorgte. Allerdings dürfen Frauen dort bereits in Firmen ab 35 Beschäftigten auf Transparenz pochen. Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung ist das Gender Pay Gap in Betrieben mit Tarifbindung zudem um 10 Prozentpunkte kleiner als in Firmen ohne – Letztere nehmen jedoch zu, nicht ab.

Die UN setzen mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie ausdrücklich nicht nur auf Veränderungen in den Unterzeichnerstaaten, sondern auch darauf, dass Regierungen durch ihr Handeln auf internationale Partner_innen Einfluss nehmen. Hier hätte die deutsche Regierung viele Möglichkeiten, auf Unternehmen zwecks Verbesserung von Arbeitsbedingungen und sozialen Standards in anderen Ländern einzuwirken. Zwar heißt es in der Nachhaltigkeitsstrategie des Jahres 2018 mehrfach, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales setze sich »auch international für die Förderung menschenwürdiger Arbeit für alle ein«, indem es beispielsweise Branchendialoge organisieren werde, den globalen Präventionsfonds Vision Zero Fonds mit Projekten in ärmeren Produktionsländern unterstütze und in internationalen Zusammenhängen für die Abschaffung von Kinder- und Sklavenarbeit eintrete. Die Kontrolle von Lieferketten bleibt aber unverbindlich. Als Indikator für Fortschritte in dieser Frage zählt laut der Nachhaltigkeitsstrategie nur die »Anzahl der Mitglieder des Textilbündnisses«. Besagtes Bündnis stammt aus dem Jahr 2014, gegründet, um die sozialen, ökologischen und ökonomischen Bedingungen in den Produktionsländern von Textilien zu verbessern, und zwar entlang der kompletten Lieferkette. 2014 sind dem Textilbündnis 59 Mitglieder beigetreten, Ende 2016 waren es 188, im August 2019 nur noch rund 120. Denn nachdem Nachweispflichten für die Unternehmen verbindlich wurden, stiegen Firmen aus oder wurden ausgeschlossen. Das bis 2030 anzustrebende Ziel ist diffus: eine »signifikante Steigerung der Anzahl bis 2030«.

Dabei könnte die Bundesrepublik als eine der weltweit größten Handelspartnerinnen so viel mehr tun,



Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
Vorsitzender
Der Paritätische
Gesamtverband



Die UN-Nachhaltigkeitsziele sind in, mit und durch Deutschland nur dann zu erreichen, wenn sie in allen Politikbereichen als Leitbild etabliert und – tatsächlich und nicht nur in Sonntagsreden – konsequent mit größter Priorität umgesetzt werden. Hier besteht großer und leider auch wachsender Nachholbedarf. Die nationalen Umsetzungsziele dürfen dabei nicht – wie es aktuell etwa bei dem Ziel der Reduzierung der Armut um 50 Prozent bis 2030 der Fall ist – weit hinter den international vereinbarten Zielen zurückbleiben. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie muss ambitionierter werden und eben auch die globalen Dimensionen stärker in den Fokus nehmen.

um die Schaffung fairer und menschenwürdiger Arbeitsplätze in anderen Produktionsländern voranzutreiben. Schließlich haben zahlreiche deutsche Unternehmen ihre Produktion gerade dorthin ausgelagert, wo Löhne und Sozialstandards extrem niedrig sind. Im 2016 verabschiedeten »Nationalen Aktionsplan« ergeht die Aufforderung an die Firmen, sich freiwillig um gute Standards in ihren Lieferketten zu kümmern. Erst wenn eine im Sommer 2019 angelaufene Befragung von 1.800 Unternehmen ergeben sollte, dass mehr als die Hälfte dies nicht tut, will die Bundesregierung eine gesetzliche Regelung in Erwägung ziehen. NGO und entwicklungspolitische Gruppen gehen davon aus, dass ein Gesetz nötig sein wird. »Freiwillige Ansätze, das zeigen die Erfahrungen der letzten 20 Jahre, haben die Probleme nicht lösen können«, erklärt etwa das Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene.⁶ In Frankreich werden Unternehmen schon seit 2017 menschenrechtliche Sorgfaltspflichten durch den Gesetzgeber auferlegt.

Wohnen muss bezahlbar sein

Das UN-Nachhaltigkeitsziel 11 sieht bis 2030 für alle Menschen den Zugang zu sicheren, angemessenen und bezahlbaren Wohnungen vor. Das stellt nicht nur viele Länder Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas, in denen aberhundert Millionen Menschen in einem der 200.000 Slums leben, vor gewaltige Herausforderungen. Auch Deutschland hat mit Wohnungsnot zu kämpfen. In Ballungsräumen steigen die Mieten so rasant, dass sich viele Menschen mit durchschnittlichen Einkommen dort keine Wohnung mehr leisten können. »Die Schaffung und Sicherung bezahlbaren Wohnraums ist ein zentrales Ziel der Bundesregierung«, heißt es denn auch in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.⁷ 2030 sollen nur noch höchstens 13 Prozent der Bevölkerung mehr als 40 Prozent des verfügbaren Einkommens für Wohnen ausgeben müssen. Damit schließt sich die Bundesregierung der Definition des Statistischen Amtes der Europäischen Union an, wonach Wohnkosten von 40 oder mehr Prozent des Haushaltseinkommens eine Überlastung darstellen. Sozialwissenschaftler_innen und Immobilienexpert_innen setzen die Belastungsgrenze für Mieter_innen mit niedrigem Einkommen allerdings bei 30 Prozent an, weil ansonsten nicht genug Geld für die Alltagsausgaben zur Verfügung steht.

2017 fiel zwar der Anteil der Haushalte, die 40 und mehr Prozent ihrer Einkünfte für ein Dach über dem Kopf zahlen mussten, von zuvor 16 auf 14,5 Prozent, die durchschnittliche Mietbelastung aller Haushalte lag bei 29 Prozent. Doch Haushalte mit einem Einkommen unter 1.300 Euro netto haben im Schnitt eine Mietbelastungsquote von 46 Prozent – da bleiben zum Leben nur rund 700 Euro oder weniger. Und angesichts der Mietenentwicklung ist davon auszugehen, dass von zu hohen Wohnkosten demnächst wieder mehr Menschen betroffen sein werden.

Was fehlt, sind Sozialwohnungen. Rund 800.000 solcher vom Staat bezuschussten Wohnungen sind seit 2006 aus der Sozialbindung gefallen, der Bestand ist von zwei Millionen auf 1,2 Millionen gesunken. Neu gebaut wurden 2018 deutschlandweit nur rund 27.000, gebraucht werden nach Einschätzung des Deutschen Mieterbundes »mindestens 80.000 neue Sozialmietwohnungen und 120.000 für Normalverdiener erschwingliche Mietwohnungen«.⁸ Die Wohnungsmarktexperten Andrej Holm, Stephan



Jens Martens
Geschäftsführer
Global Policy Forum



Nachhaltigkeitsziel Nr. 1: *Do no harm.* Deutschland trägt mit seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik und seinem globalen Ressourcenverbrauch dazu bei, dass die Verwirklichung der SDG in anderen Ländern erschwert oder gar verhindert wird. Deswegen brauchen wir in Deutschland und der EU einen wirkungsvollen Nachhaltigkeitscheck aller politischen Entscheidungen, der auch die negativen externen Effekte für die Menschen in anderen Ländern konsequent berücksichtigt. Ziel muss eine kohärente Politik sein, die diese Effekte drastisch reduziert.

Junker und Kevin Neitzel gehen sogar von einem Manko an 1,9 Millionen günstigen Wohnungen allein in den deutschen Großstädten aus. Und auch der von der Bundesregierung berufene Rat für Nachhaltige Entwicklung fordert, die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie um »ein Ziel zur ökologisch und sozial verträglichen Schaffung von Wohnraum« zu ergänzen.

Die Bundesregierung hat im Wesentlichen drei Instrumente, um Wohnraum auch für Menschen mit niedrigem Einkommen erschwinglich zu machen: das Wohngeld, Bauförderung (vor allem von Sozialwohnungen) und die Mietpreisbremse. Doch das Wohngeld entlastet zwar Mieter_innen, nicht aber den Mietmarkt. Und: Auch mit Wohngeld müssen die Bezieher_innen im Mittel mehr als 40 Prozent ihrer Einkünfte für die Miete einsetzen.

Etwa zwei Milliarden Euro fließen jährlich in den sozialen Wohnungsbau, in gleicher Höhe bewegen sich die Ausgaben für das Wohngeld. Einschließlich

der Ausgaben der öffentlichen Hand für die Versorgung von Hartz-IV-Empfängenden zahlt der Staat jährlich 17 Milliarden Euro fürs Wohnen. »Das Geld fließt zum großen Teil an kommerziell agierende Vermieter«, sagt der Stadtsoziologe Andrej Holm. »Hier wird der sonst so gepriesene Marktmechanismus einseitig zu Gunsten privater Vermieter manipuliert. Sinnvoller wäre eine verstärkte öffentliche Investition in den Aufbau von dauerhaft leistbaren Wohnungsbeständen.«⁹ Holm fordert den Aufbau von langfristig sozial gebundenen Wohnungsbeständen sowie den Schutz von Bestandsmietverhältnissen. Wie das konkret aussehen kann, zeigt das Land Berlin. Dort dürfen die Mieten voraussichtlich fünf Jahre lang nicht angehoben werden.

Viele Städte versuchen, das Problem mit der Ausweisung von Milieuschutzgebieten oder dem Erlass von Zweckentfremdungsverordnungen in den Griff zu bekommen. Doch die Wirkung ist begrenzt. Das gilt auch für die 2015 eingeführte Mietpreisbremse, die die Große Koalition bis zum Jahr 2025 verlängern will. Sie gilt in mehr als 300 Städten. Dort darf bei Wiedervermietung die Miete maximal um 10 Prozent über den ortsüblichen Vergleichsmieten liegen. Das gilt nicht bei Neubauten und umfassenden Modernisierungen. Seit 2019 müssen Vermieter_innen Interessent_innen unaufgefordert mitteilen, wenn ihre Forderungen die 10 Prozent überschreiten, und den Grund dafür nennen. Das Problem: Bislang ist es für Vermietende risikofrei, die Mietpreisbremse zu ignorieren. Erst ab dem Zeitpunkt, ab dem Mieter_innen die Höhe rügen, konnten sie bislang die überhöhte Miete zurückverlangen. Das soll sich nach einem Beschluss der Großen Koalition ändern. Künftig sollen Vermieter_innen zu viel gezahlte Miete bis zu 2,5 Jahre rückwirkend zurückzahlen müssen. Außerdem ist geplant, in Zukunft die ortsübliche Vergleichsmiete nicht mehr nur anhand der vergangenen vier, sondern sechs Jahre zu bestimmen, um die Mietpreisentwicklung zu dämpfen. Der Deutsche Mieterbund begrüßt die Verlängerung, aber die Maßnahmen der Bundesregierung reichen seiner Auffassung nach nicht aus. »Das eigentliche Problem, nämlich die drastischen Mieterhöhungen im Bestand, also während des laufenden Mietverhältnisses, packt die Bundesregierung jedoch erneut nicht an«, kritisiert der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Lukas



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident Deutscher
Naturschutzring



Die sozial-ökologische Transformation erfordert einen Wandel in der Politik: Statt ökologische und soziale Belange wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen, muss umgekehrt die Wirtschaft innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen stattfinden. Nach diesem neuen Primat muss die Bundesregierung die SDG sektorübergreifend in alle Politikfelder integrieren. Zentral sind dabei ein konkreter Aktionsplan für den Erhalt der biologischen Vielfalt sowie ein Sofortprogramm zum Klimaschutz, welches verbindliche Maßnahmen für alle Sektoren, einen beschleunigten Kohleausstieg sowie eine echte Mobilitätswende beinhaltet.

Siebenkotten. »Hier müsste die Kappungsgrenze dahingehend verschärft werden, dass künftig in drei Jahren nicht mehr als 6 Prozent Mietsteigerung möglich ist, bis der Mietwohnungsmarkt sich beruhigt hat und einigermaßen ausgeglichen ist.«¹⁰

Eine weitere Ursache der Mietenexplosion ist die Privatisierung großer Wohnungsbestände der öffentlichen Hand in der Vergangenheit. Die Forderung nach Rückkauf dieser Bestände wird immer lauter. Das Berliner Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungsunternehmen haben mehr als 77.000 Bürger_innen unterschrieben. Aufgrund der niedrigen Zinsen an den Kapitalmärkten sind Wohnungen für Finanzinvestoren eine attraktive Geldanlage geworden. Sie treiben Preise und Mieten in die Höhe. Hier schließt sich der Kreis: Weil Reiche nicht angemessen besteuert und so immer reicher werden, können sie immer mehr Geld in Häuser investieren und Arme durch hohe Mietforderungen noch ärmer machen.

Insgesamt lässt sich feststellen: Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist enttäuschend. Es scheint, als würde sie sich der sozialen Dimension der SDG in Deutschland nur pro forma widmen. Ihre Ziele sind nicht darauf ausgerichtet, die Lage der Bürger_innen tatsächlich spürbar zu verbessern, die auf eine gute soziale Infrastruktur, abgesicherte Arbeitsplätze und bezahlbare Wohnungen angewiesen sind. Bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung nachbessert und etwa die Anregungen aus dem Aufruf der zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Nachhaltigkeitsgipfel der UN aufnimmt.

- 1 Robert Koch-Institut: »Soziale Unterschiede in Deutschland: Mortalität und Lebenserwartung« ist Thema der neuen Ausgabe des Journal of Health Monitoring. Pressemitteilung vom 14.03.2019. https://www.rki.de/DE/Content/Service/Presse/Pressemitteilungen/2019/03_2019.html
- 2 Siehe zu diesem Zitat und den folgenden: German Council for Sustainable Development: Change – Opportunity – Urgency: The Benefit of Acting Sustainably. The 2018 Peer Review on the German Sustainability Strategy. Report by the International Peer Group chaired by Helen Clark, Berlin, Mai 2018. S. 55. https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2018/05/2018_Peer_Review_of_German_Sustainability_Strategy_BITV.pdf
- 3 Schneider, Ulrich: Armut und soziale Disparitäten in Deutschland. SDGs auch für uns! In: Forum Menschenrechte/Forum Umwelt und Entwicklung/VENRO u. a.: Noch lange nicht nachhaltig. Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda 2016. Berlin/Bonn/Osnabrück,

Juli 2016. <https://www.2030report.de/de/bericht/317/kapitel/iii-armut-und-soziale-disparitaeten-deutschland>

- 4 Der Paritätische Gesamtverband: Paritätische Studie belegt wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland. Pressemitteilung vom 01.08.2019. <https://www.der-paritaetische.de/presse/kinderarmut-paritaetische-studie-belegt-wachsende-soziale-ungleichheit-in-deutschland/>
- 5 Genug herausgeredet: Höhenangst vor dem UN-Gipfel überwinden. Zivilgesellschaftliche Erklärung zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik vom 07.06.2019. https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Sonstige/Erklärung_Nachhaltigkeit.pdf
- 6 Insa Wrede/Deutsche Welle: Kommt bald ein Gesetz für Lieferketten-Verantwortung? Artikel vom 13.07.2019. <https://www.dw.com/de/kommt-bald-ein-gesetz-für-lieferketten-verantwortung/a-49524077>
- 7 Bundesregierung: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Aktualisierung 2018. Frankfurt am Main 2018. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1546450/65089964ed4a2ab07ca8a4919e09e0af/2018-11-07-aktualisierung-dns-2018-data.pdf?download=1>
- 8 Deutscher Mieterbund: Wohngeld- und Mietenbericht 2018. Zu wenig Neubau, steigende Mieten, hohe Wohnkostenbelastung – Bisherige Lösungsansätze der Bundesregierung greifen viel zu kurz. Pressemitteilung vom 03.07.2019. <https://www.mieterbund.de/presse/pressemeldung/detailansicht/article/50856-wohngeld-und-mietenbericht-2018.html>
- 9 Hans Böckler Stiftung: Wie wirken Mietpreisbremse, Sozialer Wohnungsbau, Wohngeld? Neue Studie untersucht 77 Großstädte von Aachen bis Würzburg. Pressemitteilung vom 18.09.2018. https://www.boeckler.de/pdf/pm_fofoe_2018_09_18.pdf
- 10 Deutscher Mieterbund: Maßnahmen der Bundesregierung sind kleine richtige Schritte, aber bei Weitem nicht ausreichend. Pressemitteilung vom 19.08.2019. <https://www.mieterbund.de/presse/pressemeldungdetailansicht/article/51544-deutscher-mieterbund-massnahmender-bundesregierung-sind-kleine-richtige-schritte-aber-bei-we.html>



Anja Krüger (geboren 1967) ist Redakteurin im Ressort Wirtschaft und Umwelt der taz. Nach dem Studium der Sozialwissenschaften hat sie unter anderem für die Ärzte Zeitung, Financial Times Deutschland und Capital gearbeitet, anschließend war sie NRW-Korrespondentin der taz. Buchveröffentlichungen: *Die verlogene Politik. Macht um jeden Preis* (mit Pascal Beucker; Knaur Taschenbuch Verlag, 2010), *Die Angstmacher. Wie uns die Versicherungswirtschaft abzockt* (Lübbe Ehrenwirth, 2012).



Unsere Vision für eine klimaneutrale Welt

Fridays for Future

VON SEBASTIAN GRIEME, ŠANA STRAHINJIĆ UND SVENJA KANNIT

Die Klimakrise kennt einen *point of no return*. Wenn wir den erreichen, gibt es von der Katastrophe kein Zurück mehr. Unsere Zukunft hängt also am seidenen Faden. Gleichzeitig können wir uns nicht mehr darauf verlassen, dass unsere Politik elementare Grundrechte der Bevölkerung sichert, nicht einmal mehr das auf eine lebenswerte Zukunft. In Zeiten von Naturkatastrophen, Klimaflucht und sozialen Missständen stehen wir vor der wohl wichtigsten und größten Herausforderung der Menschheit: die sich anbahnende Tragödie zu verhindern. Auf dem ganzen Globus reagiert Fridays for Future auf die Tatenlosigkeit gegenüber dieser existenziellen Frage mit Protest.

Seit über 30 Jahren steuern wir sehenden Auges auf die Katastrophe zu, obwohl wir schon seit Langem die technischen Mittel besitzen, um das Ruder rumzureißen. Uns bleibt nicht mehr viel Zeit. Ohne entschlossenes Umsteuern wird das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, bereits in wenigen Jahren unerreichbar sein. Die schrecklichen Folgen und Risiken einer weiteren Erwärmung sind dann unausweichlich. Wissenschaftlich ist das Problem längst gelöst. Wir können uns heute darüber informieren, dass und wie eine sichere und bessere Zukunft machbar ist. Daraus erwächst eine Vision, für die immer mehr Menschen zu kämpfen bereit sind, damit die Politik sich dem notwendigen Handeln nicht länger verweigert.

Diese Vision sieht für uns so aus:

- ▶ Ab 2035 speist sich die **Energieversorgung** zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien und ist damit klimaneutral. Kommunen und Menschen verdienen künftig an den Windrädern und Solarparks mit, was die Akzeptanz gegenüber den Technologien erhöht. Die Politik sorgt dafür, dass sich Solarenergie für Privathaushalte wieder lohnt, was zusammen mit weiteren Maßnahmen dazu führt, dass in den nächsten Jahren auf fast allen Dächern Solaranlagen installiert werden.
- ▶ Die Regierung wird ihrem im **Pariser Klimaabkommen** gegebenen Versprechen gerecht, Klimaschutz mit »größtmöglicher Ambition« anzugehen. Da etliche Studien belegen, dass der Kohleausstieg bis 2030 möglich ist, vollzieht Deutschland diesen Schritt im Sinne des Abkommens auch bis spätestens 2030. Begleitend wird die Nutzung der erneuerbaren Energien drastisch vorangetrieben. Bereits heute arbeiten in Deutschland 340.000 Menschen in diesem Sektor; durch den Ausbau entstehen viele weitere Arbeitsplätze, deren Anzahl die in der Kohleindustrie verloren gegangenen weit übertrifft. Durch entschiedene Maßnahmen gerade in den Kohleregionen wird das Umschwenken auf die erneuerbaren Energien helfen, den Strukturwandel abzufedern.
- ▶ Der **Kohleausstieg** bis 2030 und ein Gelingen des Strukturwandels sind in allen betroffenen Gebieten unerlässlich, damit die Wettbewerbsfähigkeit dieser Regionen gewährleistet ist und soziale Ungleichheit sowie gesundheitliche Belastungen durch die Kohle gelindert werden. Der Strukturwandel wird dabei ständig durch politische Maßnahmen flankiert, die garantieren, dass betroffene Arbeitnehmer_innen angemessen unterstützt und weitergebildet werden. Die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze, die Gesundheit der Menschen sowie der Abbau sozialer Ungleichheit werden nicht länger dem Profit einzelner Unternehmen hintangestellt.
- ▶ Noch während des Kohleausstiegs leitet Deutschland den **Ausstieg aus der Nutzung von Erdgas** ein, der bis 2035 abgeschlossen ist. Dafür werden die Gewinnung von Wind- und Solarenergie weiter beschleunigt und rasant Anlagen zur Stromspeicherung gebaut. Diese Power2Gas-Anlagen wandeln Strom in Wasserstoff um, der bei ungünstigen Wetterverhältnissen – Dunkelflaute – zur Stromerzeugung genutzt werden kann.
- ▶ Durch die Entwicklung und Weiterentwicklung der Versorgung mit erneuerbaren Energien wird nicht nur die deutsche Wirtschaft zukunftsfähig gemacht, sondern auch die Nutzung Erneuerbarer weltweit vorangetrieben. Deutschland unterstützt Entwicklungs- und Schwellenländer durch **Technologietransfer** dabei, selbst rasch Systeme mit erneuerbaren Energien aufzubauen. Das kommt den Ländern selbst durch eine bessere Energieversorgung und damit eine Erhöhung des Lebensstandards zugute und ermöglicht zugleich die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze weltweit.
- ▶ Im Verkehrsbereich werden zukünftig die meisten Strecken mit dem Zug zurückgelegt. Dank eines weitverzweigten und leistungsfähigen Netzes bringen uns **Hochgeschwindigkeitszüge** in wenigen Stunden durch das ganze Land. Da Deutschland sein Schienennetz mit allen europäischen Ländern abgestimmt und eng verknüpft hat, gibt es regelmäßige Direktzüge unter anderem bis nach Großbritannien, Skandinavien, Kroatien und Spanien. Mithilfe eines großzügigen Nachtzugangebots können wir im Schlaf in jeden Winkel Europas gelangen. Bahnfahren ist das günstigste Verkehrsmittel und für jede_n erschwinglich; innereuropäische Flüge sind schlicht und einfach überflüssig geworden. Wir haben uns von dem seltsamen Gedanken verabschiedet, dass man den schönsten Urlaub nur auf fernen Kontinenten erleben kann.
- ▶ Auch im **Nahverkehr** tut sich viel. Sechsspurige Autostraßen, verstopft mit Blechlawinen, sind aus unseren Städten verschwunden. Die Innenstädte werden zu einer Wohlfühlzone ohne Autoverkehr, Autospuren und Parkplätze sind begrünt. Die Fahrradinfrastruktur wird stark ausgebaut, beispielsweise durch Radschnellwege, die aus dem Umland und aus jedem Ortsteil ins Stadtzentrum führen. Radfahren wird auch anderweitig gefördert, etwa durch den Einsatz von Dienstfahrrädern statt

Dienstwagen. Dank der Veränderungen ist Radfahren viel sicherer, bequemer und gemütlicher geworden.

- ▶ Indem S-, U- und Straßen-Bahnnetze entschlossen aus- oder neu gebaut werden, wird der **ÖPNV** in allen Städten zum Hauptträger des motorisierten Verkehrs. Für neue Strecken werden stillgelegte Autospuren umgewidmet. Da fast alle Autofahrer_innen auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, wird die Taktung der Züge stark erhöht, sodass die Wartezeiten auch in Vororten nur noch wenige Minuten betragen. Zudem wird der ÖPNV mittelfristig kostenlos und ermöglicht so auch Menschen mit eingeschränkten finanziellen Mitteln mehr Mobilität.
- ▶ Auf dem Land wird ein **Grundangebot an öffentlichen Verkehrsmitteln** wiederhergestellt. Dies gelingt insbesondere durch die Reaktivierung stillgelegter Bahntrassen und den Bau neuer. Zusätzlich wird die Fahrradinfrastruktur verbessert. In kleinen Ortschaften stellt man schnell auf Elektroautos um und führt Sharing-Dienste ein. Im Umland der Städte werden die Bahnhöfe um leistungsstarke Park&Ride-Systeme ergänzt.
- ▶ Alles in allem kann so der Bedarf des Verkehrs an fossilen Energieträgern deutlich reduziert und mittels Sektorkopplung – der Nutzung sauberen Stroms für die **Eindämmung fossiler Energien** in Verbrauchssektoren wie Wärme- und Kälteerzeugung in Haushalten und Unternehmen sowie Verkehr – bis 2035 zu 100 Prozent aus Erneuerbaren gedeckt werden. Dass das möglich ist, belegte bereits die Denkfabrik Agora Verkehrswende.
- ▶ Im Sektor **Wohnen und Heizen** treibt die Politik den Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf Wärmepumpen und erneuerbare Fernwärme voran. Die entsprechende Sanierungsrate wird auf mindestens 5 Prozent im Jahr erhöht, wobei vor allem finanzschwache Haushalte Unterstützung erhalten, die der Staat in Form von Förderprogrammen gewähren kann. Durch die Sanierungen verringert sich der Energiebedarf, was zum einen die Heizkosten der Bewohner_innen senkt und es zum anderen ermöglicht, die Energie fürs Heizen mittels Sektor-

kopplung durch erneuerbare Energien bereitzustellen.

- ▶ Politiker_innen führen eine **sozial-ökologische Steuerreform** durch, durch die der gesamte Staatshaushalt am Klimaschutz ausgerichtet wird. Dazu werden die Subventionen für fossile Energieträger in Höhe von jährlich 45 Milliarden Euro abgebaut, was viele Vorteile mit sich bringt: Mit den Mitteln aus der unfairen Bevorteilung fossiler Energieträger können enorme Investitionen in zukunftsfähige Infrastrukturen getätigt und soziale Ungleichheiten behoben werden.
- ▶ Die Regierung führt eine **CO₂-Steuer** ein, die sich zügig mit den Klimafolgekosten deckt. So wird bewirkt, dass die Verursacher für den Schaden, den ihre Treibhausgase anrichten, zahlen müssen. Die Einnahmen aus den Privathaushalten werden pro Kopf an die Bevölkerung zurückverteilt. Da ärmere Menschen in der Regel einen deutlich geringeren CO₂-Fußabdruck hinterlassen als reiche, wirkt die CO₂-Steuer progressiv und dämpft somit soziale Ungleichheiten. Die Einnahmen aus der Wirtschaft werden für Förderprogramme zum Einsatz klimafreundlicher Technologien in den vom Umbau betroffenen Wirtschaftssektoren eingesetzt, die Innovationen für Klimaschutz vorantreiben und die Wende zu einer klimaneutralen Wirtschaft beschleunigen.
- ▶ Zugleich erhalten **Entwicklungsländer** im Kampf gegen den Klimawandel effektive finanzielle Unterstützung. Diesen Ländern wird auch geholfen, sich auf die Folgen der nicht mehr vermeidbaren Klimaschäden vorzubereiten.

Unsere Vision einer sozial, ökonomisch und ökologisch gerechten Gesellschaft setzt voraus, dass Klimaschutz in allen Bereichen des öffentlichen Lebens thematisiert wird. Die deutsche Regierung steht dabei in der Verantwortung, einen verbindlichen Handlungsrahmen für klimafreundliches Leben und Wirtschaften vorzugeben und alle Bürger transparent und regelmäßig über getroffene Maßnahmen und deren Ergebnisse auf dem Laufenden zu halten. Klima und Klimapolitik werden umfassend fächerübergreifend in die Schulcurricula ein-

gearbeitet, alle Bürger_innen sind über den Ernst der Situation und die eigene Rolle im Klimasystem so vollständig und faktenbasiert informiert, dass sie auch in der Lage sind, die Untätigkeit von Politiker_innen zu erkennen. Das demokratisiert den politischen Diskurs, es wird nachhaltiger konsumiert, und Greenwashing hat keine Chance.

Es ist schmerzhaft, nach dem Entwickeln solcher Visionen auf dem harten Boden der Tatsachen aufzuprallen. Bei Fortsetzung der aktuellen internationalen Klimapolitik wird sich die Erde bis zum Jahr 2100 um drei bis vier Grad Celsius erwärmen, mit anschließend weiterer Erwärmung und drastischen, irreversiblen Folgen für uns alle. Die drohende Klimakatastrophe ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand und verhindert das Entstehen und die Bewahrung einer sozial, ökologisch und ökonomisch gerechten Gesellschaft. Deshalb muss die Politik jetzt die notwendigen Veränderungen in allen Sektoren anstoßen. Faulheit und Bequemlichkeit sind hier fehl am Platz. Der soziale, wirtschaftliche und ökologische Preis des Nicht-Handelns übersteigt bei Weitem den aller Anstrengungen, die zur Vermeidung einer solchen Katastrophe notwendig wären.

Und so wünschen wir uns wirkliche, mutige Lösungen. Die Reaktionen aus der Politik auf unsere Proteste sind aktuell das Gegenteil und wären eine schlechte Komödie, wenn es nicht um das größte Drama der Menschheit ginge. Wir wünschen uns eine Politik, die aufhört, uns Lügen aufzutischen. Wir wünschen uns ehrliche Klimapolitik, die so mutig ist, wie es die Umstände verlangen. Im Jahr 2035 wollen wir sehen, dass wir gemeinsam die historische Aufgabe bewältigt haben, nicht immer nur die schwarze Null, sondern Nettonull zu erreichen. Wir wollen mit der Politik gemeinsam zurückblicken können auf 15 Jahre Klimaschutz, 15 Jahre Menschlichkeit, 15 Jahre Verantwortung. Die Zeit zum Handeln ist jetzt.



Sebastian Grieme (geboren 2000) Physikstudent, arbeitet bei Fridays for Future vor allem an den Forderungen und inhaltlichen Positionierungen. Er hat unter anderem Öffentlichkeitsarbeit im ZDF sowie in der Welt und der Zeit gemacht, war zu Gast in der SWR Landesschau und hat einen Gastbeitrag im Cicero geschrieben.



Šana Strahinjić (geboren 2001) begann ihr Engagement bei Fridays for Future während des Abiturs. Zunächst arbeitete sie hauptsächlich an bundesweiten Forderungen, später an Kampagnen und leistet nun internationale Arbeit. Im Oktober beginnt sie ihr Physikstudium in Heidelberg.



Svenja Kannt (geboren 2002) wird 2020 Abitur schreiben. Sie hat bei Fridays for Future an der Ausarbeitung und Veröffentlichung der bundesweiten Forderungen mitgewirkt. Aktuell ist sie Sprecherin der Arbeitsgruppe Forderungen von Fridays For Future Deutschland und Teil mehrerer Gruppen, die sich unter anderem mit Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit und einer hessenweiten Struktur befassen.

Impressum

Vier Jahre Agenda 2030: Die Politik ist am Zug

Herausgeber:

CorA – Netzwerk für Unternehmensverantwortung

c/o Germanwatch
Stresemannstraße 72
10963 Berlin
Telefon: +49 (0)30 2888356989
info@cora-netz.de
www.cora-netz.de

Der Paritätische Gesamtverband

Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
Telefon +49 (0)30 24636-0
info@paritaet.org
www.der-paritaetische.de

Deutscher Kulturrat

Taubenstraße 1
10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 2260528-0
post@kulturrat.de
www.kulturrat.de

Deutscher Naturschutzring

Marienstraße 19–20
10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 6781775 70
info@dnr.de
www.dnr.de

Forum Menschenrechte

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Telefon: +49 (0)30 42021771
kontakt@forum-menschenrechte.de
www.forum-menschenrechte.de

Forum Umwelt und Entwicklung

Marienstraße 19–20
10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 6781775910
info@forumue.de
www.forumue.de

Global Policy Forum Europe

Königstraße 37 a
53115 Bonn
Telefon: +49 (0)228 965051-0
europe@globalpolicy.org
www.globalpolicy.org

Klima-Allianz Deutschland

Invalidenstraße 35
10115 Berlin
Telefon +49 (0)30 7808995-11
info@klima-allianz.de
www.klima-allianz.de

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Landgrafstraße 15
10787 Berlin
Telefon: +49 (0)30 400065118
koordination@konfliktbearbeitung.net
www.konfliktbearbeitung.net

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.

Stresemannstraße 72
10963 Berlin
Telefon: +49 (0)30 263929910
sekretariat@venro.org
www.venro.org

Verbraucherzentrale Bundesverband

Rudi-Dutschke-Straße 17
10969 Berlin
Telefon: +49 (0)30 25800-0
info@vzbv.de
www.vzbv.de

Redaktion:

Claus Körting, Anke Kurat, Daniela Röß (VENRO)

Koordination:

Daniela Röß

Lektorat:

Andrea Böltken, b.st text, böltken.steinbrink, Berlin

Ko-Lektorat:

Ingo Haltermann, Lektorat Mensch und Raum, Essen

Gestaltung, Infografiken:

www.kalinski.media, Bonn

Bildnachweise:

Cover: Anne Lehmann, Graphic Recording / Illustration, Berlin

Das Graphic Recording ist im Rahmen der Transformationskonferenz 2019 entstanden.

Seiten 9, 17, 25, 34: © Adobe Stock

Autorenfotos: Grefe: © Die Zeit; Krüger: © Pascal Beucker; Maier: © SVB forumue;

alle anderen Autorenfotos: Rechte bei den abgebildeten Personen

Produktion:

www.kalinski.media, Bonn

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Förderer:

Diese Publikation wurde im Rahmen des VENRO-Projekts Agenda 2030 entwickelt. Dieses wird gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



Diese Publikation wurde im Rahmen des Projektes »Make Europe Sustainable For All« mit Mitteln der Europäischen Union gefördert. Der Inhalt liegt in der alleinigen Verantwortung der ausführenden Organisation und kann in keiner Weise als Sichtweise der Zuschussgeberin angesehen werden.



Die hier dargestellten Positionen sind die der Autorinnen und Autoren und geben nicht zwingend den Standpunkt der Herausgeber und/oder Förderer wieder.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Eine barrierearme PDF-Version dieses Berichts ist auf den Homepages der Herausgeber verfügbar sowie unter www.2030report.de

ISBN 978-3-943126-48-8

Berlin, Oktober 2019 (Redaktionsschluss 30. September 2019)

SOZIALE UNGLEICHHEIT

URSACHEN & PERSPEKTIVEN



WAS IST MIT DEM VN-SOZIALPAKT?

Wirkliche Armut existiert auch in Europa!



Armut in Deutschland

Einkommens-Verteilung

nach meinen Fähigkeiten entwickeln?



Bildung

Soziale HERKUNFT

Wo fängt Ungleichheit an?

ÖKONOMIE
GESETZE

KAPITALISMUS

Auf Wachstum ausgerichtet



PRIVATWIRTSCHAFT KANN DIE REGELN VORGEBEN



HARTZ IV - EIN GROSSER ERFOLG - ABER NICHT FÜR DIE BETROFFENEN



UMVERTE

Geschäftsführer müssen haftbar sein

Marktwirtschaft ist ungen

Mein Selbstwertgefühl? Ist weg

Gerechtigkeitsgefälle im Bildungssystem



CorA Corporate Accountability

DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND

Deutscher Kulturrat

DNR DEUTSCHER NATURSCHUTZRING

FORUM MENSCHENRECHTE

Forum Umwelt und Entwicklung

GPF Global Policy Forum

Klima Allianz Deutschland

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

VENRO VERBAND ENTWICKELUNGSPOLITIK UND SOZIALRECHT

verbraucherzentrale Bundesverband